

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

27 (2.2.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegzeilen 80 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichtannahme des Nachdruckes, bei geschäftlicher Dretzung und bei Anstehen außer Kraft tritt o. Größere Anzeigen nach Vereinbarung mit dem Verleger L. D. o. S. 10. Bei Nichtannahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aukunft / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelheft 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich sonntags 11 Uhr o. Beleghefte 2000 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Verlags- und Druckerei: Dursch, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jaghausstraße 12, Rastatt, Rastattstraße 2, Oberkirch, Republikstraße 4

Nummer 27 Karlsruhe, Montag, den 2. Februar 1931 51. Jahrgang

Vor Reichstagsbeginn

Hochbetrieb setzt ein

Die parlamentarischen Arbeiten werden zu Beginn dieser Woche wieder in vollem Gange sein, nachdem der Haushaltsausschuß die notwendige Vorarbeit geleistet hat.

Heute Montag vormittag wird der Auswärtige Ausschuß zusammentreten und einen Bericht des Reichsaussenministers über die Tagung des Völkerbundesrat's entgegennehmen.

Die Reichstagsitzung selbst beginnt Dienstag um 3 Uhr. Auf ihrer Tagesordnung stehen nur kleinere Vorlagen.

Der Ältestenausschuß wird sich in den Vormittagsstunden des Dienstag über die Reihenfolge der Haushaltsberatung schlüssig werden und die Vorschläge über Änderungen der Geschäftsordnung beraten.

Schieles „Angriffsfanfane“

Ein Rückschuß

Die 6. Grüne Woche in Berlin wurde am Samstag vormittag feierlich eröffnet. Reichsernährungsminister Dr. Schiele erklärte dabei, daß die veranstaltete landwirtschaftliche Schau eine Angriffsanfane und ein ernsthafter Warnruf sei, der das deutsche Volk und die deutschen Städte von neuem dazu veranlasse, sich auf das Schicksal der Landwirtschaft zu bestimmen.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat am Sonntag in Berlin eine Entschließung angenommen, die eine Kampfanfane

negen die gesamte Regierung einschließlich des Reichsernährungsministers Schiele, der bis vor kurzem der erklärte Führer des Reichslandbundes war, enthält.

Nazidrohungen nach innen und außen

Oberfohren predigt Gewalt

In einer öffentlichen Kundgebung des deutschnationalen Kreisvereins Neuenburg beweihrte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberfohren, daß sich die Regierung Brüning gegenüber der erregten Volksstimmung noch lange wehnen können. Wenn es anders wäre — so fuhr Oberfohren nach dem uns vorliegenden Bericht fort — dann muß mit Gewalt eine nationale Regierung ans Ruder gebracht werden.

Man ist es bei Herrn Oberfohren gewohnt, daß er den Mund immer sehr voll nimmt. Dennoch müssen wir angesichts seiner jüngsten Drohungen fragen: Wo bleibt der Herr Staatsanwalt?

Frid fordert Austritt aus Völkerbund

Der thüringische Staatsminister Dr. Frid erklärte in einer öffentlichen Versammlung in Stuttgart, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion dem Auswärtigen Ausschuß einen Antrag unterbreiten werde, in dem die deutsche Regierung „mit Rücksicht auf das Vergehen des Völkerbundes“ ersucht wird, mit diesem Völkerbund „Schluß zu machen und den Austritt Deutschlands zu erklären.“

Daß er etwas Besseres weiß, was er an diese Stelle setzen möchte, das unterließ allerdings Herr Frid zu sagen.

Palmas 1430 Kilometer in sechs Stunden 58 Minuten zurückgelegt. An Bord ist alles wohl. Da die Uebernahme von Benzin durch starke Dünung sehr erschwert wird, ist es noch unbestimmt, wenn der Do X weiterfliegen wird.



Der Do X-Flug über den Südatlantik

Völkischer Beobachter bis 7. Februar verboten

München, 1. Febr. Das Erscheinen des „Völkischen Beobachters“, des Organes der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, wurde durch Beschluß der Palästina-Inspektion München vom 31. Januar bis 7. Februar 1931 untersagt. Anlaß zu dem Verbot gab der in Nummer 30, vom 30. Januar unter der Überschrift „Mussolini und Schubert“ erschienene Artikel, dessen Ausführungen gegen § 5 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik verstoßen.

Reichstagsabgeordneter Münchener wieder freigelassen. München, 30. Jan. Wie mitgeteilt wird, ist Reichstagsabgeordneter Münchener nach vorübergehender Zwangsstellung wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Do X Ozeanflug

Start des Do X

Lissabon, 31. Jan. Das Dornier-Flugzeug Do X ist heute morgen 8.05 Uhr nach Las Palmas gestartet.

Do X in Las Palmas

Las Palmas (Kanarische Inseln), 31. Jan. Das Flugboot Do X ist um 14 Uhr hier eingetroffen.

Las Palmas, 1. Febr. Nach den letzten Meldungen hat das Flugzeug Do X auf seinem Fluge von Lissabon nach Las

Nazi-Dienst am Volke

Nazi-Postinspektor Sprenger M. d. R. liefert die Illustration dazu

Die Feststellungen, daß der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger für fünf Tage neben seinen Pflichten als Postinspektor 36250 M an Aufwandsentschädigungen vom Reichstag, vom Staatsrat und vom Verwaltungsrat der Reichspost erhalten hat, ist der nationalsozialistischen Presse so unangenehm, daß sie teilweise totschweigt, teilweise, wie der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe, zu bagatelisieren versucht. Selbstverständlich erfahren die nationalsozialistischen Mitglieder auch nichts davon, daß Herr Sprenger unrechtmäßig 60 M für Reiseentschädigung beantragt hat, obwohl er überhaupt keine Reise gemacht hat, für die er Gebühren erhalten dürfte. In Frankfurt a. M., dem Wohnort von Sprenger, wo er Stadtrat ist, haben die Nazis in der letzten Stadtkonferenzversammlung zu den Vorwürfen gegen ihren „Führer“ Stellung nehmen müssen. Aber wie? Ihr Redner hat nicht etwa das Verhalten von Sprenger verurteilt, sondern erklärt, Sprenger werde „inzwischen in Berlin etwas gelernt“ haben, und „warum sollte er nicht einmal Diäten schlucken, soviel er bekommen kann“.

rückzahlen, wann wird er sich wegen seiner zu hohen Ansprüche an die preussische Staatskasse zu einer Uebernahme bequemen? Zur Abrundung des Bildes dieses fleiblichen Herrn sei eine Aeußerung aus seiner Reichstagsrede vom 9. Dezember zitiert. Dort sagte Herr Sprenger gegen die Antezipanten: „Was verstehen denn Sie von dem Beamtentum und seiner Würde? Sie kennen davon nur eines, das ist die Futterkrippe. Eine Sinecure, die Pflicht, Dienst am Volke zu tun, ohne Rücksicht auf Entgelt, ohne Rücksicht auf Einkommen, ohne Rücksicht auf Dienststunden, ist in Ihren Kreisen doch unbekannt... Erst als Sie mit Ihren Parteibuchbeamten — ich möchte beinahe sagen: mit Faschadenkletterern — in die Beamtentafel hineingeklettert waren, als Sie durch Korruption aller Art diese bis dahin saubere Beamtenschaft in Mißkredit in der Öffentlichkeit gebracht hatten...“

Die neueste Nummer des illustrierten Beobachters der Nazis enthält eine Abhandlung Hitlers über „Kampffahrt und Aukunft“, die wie eine Anklage gegen den Faschadenkletterer Sprenger klingt. Hitler schreibt: „Höchste Aufgabe der Organisation ist es, dafür zu sorgen, daß nicht irgendwelche inneren Uneinigkeiten innerhalb der Mitgliedschaft der Bewegung zu einer Spaltung und damit zur Schwächung der Arbeit in der Bewegung führen. Infolge ihres ersten Sieges sind so viele schlechte, unmwürdige, besonders aber feige Elemente in die Organisation der Partei gekommen, daß diese Widerwertigkeiten über die Kampffahrt hinweg das Uebergewicht erlangen und die Bewegung nun in den Dienst ihrer eigenen Interessen zwingen, sie auf das Niveau ihrer eigenen geringen Selbstenbehaftigkeit herabzuziehen und nichts tun, den Sieg der ursprünglichen Idee zu vollenden.“

Auf wen geht das? Wieviel Naziführer außer Herrn Sprenger werden sich da wohl an die Brust schlagen müssen?

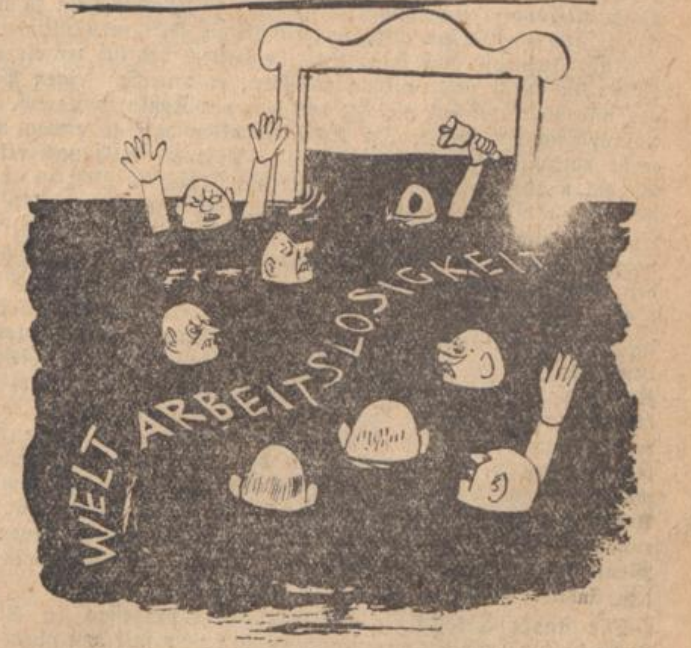
Kampffarole für 40 Stundenwoche

Der Weg zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise

Karlsruhe, 2. Februar.

Es ist eine fast paradoxe Tatsache, daß insbesondere von bürgerlichen Unternehmern sowie im sonstigen Lager des Bürgertums bei Betrachtung der Wirtschaftskrise immer wieder übersehen wird, daß die heutige Weltwirtschaftskrise nicht etwa eine Produktionskrise ist, sondern eine Konsumtionskrise. Wir haben, wie Genosse Uffhäuser dieser Tage in einer ausgezeichneten Kundfuntrede darlegte, keinen Mangel an Gütern und Lebensmitteln, sondern Ueberfluß, und was vorliegt ist daher eine Störung des Gleichgewichts zwischen der Produktion und der Konsumtionskraft. Wenn daher, wie z. B. dieser Tage wieder in der Karlsruhe'her Zeitung neben einigen richtigen Bemerkungen über den Schein erbogter Wohlhabenheit in Deutschland und ähnl. die Lösung der Wirtschaftskrise in der Predigt einer asketischen Sparjamkeit gesehen wird, so bedeutet dies aufs neue Fehlwegen zu begehen. Ebenjowenig wie es etwa um die Jahrhundertwende einen Sinn gehabt hätte, dem deutschen Volke vorzuschlagen, es möchte sich auf den Lebensstandart der 30er Jahre zurückbegeben, ebensowenig hat es einen Sinn, in der heutigen Zeit fortgeschrittenster Technik zu propagieren, das Volk möchte auf all das Verzicht leisten, was die für teures Geld aufgestellten modernen Maschinen in Massenfabrikation herzustellen bestimmt sind. Solche Lehren ins Volk werfen oder gar den verantwortlichen Staatsmännern zur Richtschnur machen, ist gleichbedeutend mit dem Vorschlag, die Industrie soll ihre modernen Maschinen zerlegen und zur langjahren alten handwerklichen Produktion zurückkehren, damit ja nicht zuviel Bedarfartikel, die während auf das Volk wirken könnten, hergestellt werden. Solche Lehren bedeuten daher das Pferd am Schwanz aufzäumen. Was wir brauchen und was allein eine dauernde Beseitigung der Arbeitslosigkeit bringen kann, das ist das Gegenteil dessen, was heute von rechtsgerichteter Seite gepredigt wird. Man kann zwar durch Palliativmittel im Laufe der Zeit die Wirtschaftskrise eindämmen und wie bei jeder Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung über einen wirtschaftlichen Tiefstand zu einer gewissen Höherentwicklung kommen; ernstlich an den Leib rücken wird man der Wirtschaftskrise jedoch nur dann, wenn die Wirtschaft der ganzen Welt dazu übergeht, statt die Löhne zu droffeln, die Massentaufkraft zu heben und gleichzeitig die Arbeitszeit auf jenes Maß herabsetzt, welches die heutige fortgeschrittene Technik diktirt. Angesichts der Schwerhörigkeit des Unternehmertums gegenüber den Erfordernissen der Zeit — sie wird sich eines Tages schwer rächen — ist es beachtlich, daß in Arbeiterkreisen viel größeres Verständnis dafür herrscht, was die Technik verlangt, als in Unternehmertreien. Nicht etwa aus Eigeninteresse heraus, sondern aus der wirtschaftlichen Erkenntnis, die allerdings in diesem Falle nicht belastet ist durch egozentrische Sonderwünsche. Es verdient daher in diesem Zusammenhang eine Zurechtweisung aus unseren Werkre-

Unternehmer



„Aner lehter Ruf, meine Herren, bleibt: nur keine längere Arbeitszeit!“

fen im Murgtal herausgegriffen zu werden, in der ein Arbeiter sich in folgender beachtlicher Weise mit der Wirtschaftskrise auseinandersetzt:

„Immer wieder kann man beobachten, daß sich die große Masse der Arbeiter ihrer wirtschaftlichen Lage noch gar nicht bewußt ist, denn anders kann man nicht darüber urteilen, wenn in Arbeiterkreisen oft die Ansicht vertreten wird, der Unternehmer gebrant-

Wo bleibt der zweite Mann?



Auf dich kommt es an! Zeige, was du kannst! Der Sieg wird unser sein!

Die Parteiparole für 1931 verlangt von jeder Genossin und jedem Genossen die Werbung mindestens eines neuen Mitgliedes für die Partei und die sozialdemokratische Presse.

Schon sind 31 kostbare Tage des Jahres 1931 vorbei. Hast du dir eine Liste all derjenigen Personen angefertigt, welche du in diesem Jahr besonders energisch bearbeiten willst? Die fünf aussichtsreichsten gib deinem Organisationsleiter bekannt! Und dann an die Arbeit! Rastlos, zäh, energisch! Die unerhörte Energie, mit welcher die Reaktion gegen die Rechte der arbeitenden Klasse wütet, ist ein Nichts im Vergleich zu dem unauslöschlichen Feuer, mit welchem du für die Parteiparole kämpfst! Jeder Tag zählt! Jede Stunde zählt! Gib allen Genossen ein Beispiel! Sei der beste Werber deiner Ortsgruppe!

Wir haben beschlossen, Schulter an Schulter den Vormarsch anzutreten! Wir werden den Sieg erringen! Unser Heer ist so groß, so stark, so glühend vor Idealismus, so begeistert für das herrliche Ziel, für welches wir alle gemeinsam kämpfen, daß wir unüberwindlich sind!

Wir schaffen! Wir beschleunigen das Tempo! Nicht mit Schlagringen und Pistolen, sondern mit den Waffen des Geistes werden wir um die Seele der arbeitenden Klasse, um jeden einzelnen Deutschen ringen!

Der Parteivorstand.

O. Wels

1. Februar 1931

das Mittel der dauernden Lohnsenkung, um den Lohn recht tief zu lenken und dann gäbe es wieder Arbeit in Hülle und Fülle! Das dem nicht so ist, daß es eine falsche Ansicht ist, die in früheren Zeiten, wo noch ein freier Konkurrenzkampf stattfand, wohl manchmal eintrat, beweist eine Unterleugung unseres Krisenstandes.

Die Rationalisierung hat den größten Anteil an der bestehenden Krise und verhindert eine Besserung solange, als nicht die richtigen Folgerungen aus der Rationalisierung gezogen werden. Es wird rationalisiert, die erste Folge ist: Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Die Lohnparade stellt vom Kapitalstandpunkt aus im Augenblick einen „Erfolg“ dar.

1. Dieser „Erfolg“ des Kapitals wendet sich aber sofort in das Gegenteil! Er befaßt Staat und Gemeinden; denn die Arbeiter und Angestellten verlangen Brot und haben das Recht dazu. Laut unserer Verfassung hat jeder Anspruch auf Arbeit oder Unterbringung. Also der Staat und die Gemeinden sind verpflichtet zu sein, da ja die Arbeitsmöglichkeit vom Kapital unterbunden wird. So zwingt der angebliche „Erfolg“ auf der anderen Seite zu Ausgaben auf der anderen Seite. Zu allem Unrecht kommt hier noch dazu, daß das Kapital für diese eigene Tat daran Unbeteiligt mit höheren Steuern und Arbeitslosenbeiträgen befaßt, die ihm allein zukommen zu zahlen.

2. Die Entlassungen ziehen verminderte Kaufkraft der freigesetzten Arbeiter und Angestellten nach sich. Hierdurch wird wiederum das Kapital mit betroffen; denn die Nachfrage nach Gütern fällt in dem Maße, wie die Arbeitskräfte entlassen werden. Die gestörte Wirtschaft drückt auf den gesamten Kredit, was ammassig zu einer Verteuerung führt. Die Kredite nehmen ab! Die Börsenkurse fallen. Das Kapital reagiert darauf mit Lohnsenkung, um seine Betriebe im Gleichgewicht zu halten. Der Arbeitsmarkt verflüchtigt sich weiter infolge der wieder geschwächten Kaufkraft der Massen. Das ist die heutige Krise.

Wie reagiert nun das Kapital darauf? Es drückt weiter auf den Lebensstandard des Arbeiters, um den Auslandsmarkt mehr zu gewinnen wie bisher, das gelingt teilweise solange, bis sich das Ausland durch hohe Zölle gegen eine Ueberschwemmung seines Marktes schließt. So wachsen auch hier dem Kapital die Hände nicht in den Himmel. Der Erfolg war letzten Endes eine Verwüstung des Innenmarktes.

Jetzt versucht man wieder den Innenmarkt anzukurbeln. Aber wie! Preisentwertung verkündet die Regierung. Die wäre ja gut und könnte schon etwas helfen. Aber das Kapital stellt sich eine Preisentwertung nur als Lohnentwertung vor und da beginnt das alte Spiel nur mit einem neuen Mantel umkleidet. Denn Preisentwertung muß heißen: „Zurückschrauben des Preises zu Lasten des Profits bei gleich bleibendem Lohnstand.“ Aber das Kapital kann ja nicht aus seiner Haut. Man wird unvernünftiger statt vernünftiger.

Früher, wo wir noch keine Kartelle hatten, hat sich der einzelne Kapitalist durch Preisentwertung geholfen; er unterbot seinen Partner und dieser tat das gleiche; das war der Konkurrenzkampf. Der Leistungsabwärtige feigte. Im Kartellzeitalter darf so etwas nicht mehr vorkommen; denn der schwache Partner muß noch mitgeschleppt werden, um die Profitaute des Stärkeren nicht zu schwächen. Man hilft sich heute, indem man die Preise hoch hält und lieber weniger produziert, also eine künstliche Warenknappheit hervorruft. Lieber verbrennt man Getreide als daß man es hungern den Menschen gibt!

Wir haben gesehen, wie das Kapital handelt. Warum? Weil es die Rationalisierung von der Seite des zu sparenden Arbeitslohnes betrachtet. Ist das die ganze Weisheit unserer so viel gebrachten Kultur und Technik, daß sie Millionen Menschen zum Elend verdammt und Milliarden Vermögen verschwendet? Wenn es so wäre, könnten wir zum Mittelalter zurückkehren, da war dann mehr Kultur vorhanden. Doch ist dem nicht so. Das Problem, warum es sich handelt, heißt nicht Arbeitslohn sparen, sondern Arbeitszeit sparen. Diese Arbeitszeit kann durch die Rationalisierung geholt werden zum Wohl der Allgemeinheit, zum Segen der Menschheit, zum Fortschritt der Kultur. Auf, an die Arbeit in diesem Sinne!

Die starke Erkenntnis des Wirtschaftsprozesses in diesen Ausführungen eines Arbeiters mit den oberflächlichen Sparpredigten des Unternehmertums verglichen, heißt den Abstand klarlegen, der geistig Arbeiterschaft und Unternehmer trennt und gleichzeitig mit Freuden registrieren, wie turnhoch die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft über das sozialreaktionäre Unternehmertum steht. Erfreulicherweise gibt es jedoch auch in Unternehmertum freilich weiße Raben, die allerdings dann in ihren Auffassungen von ihren rechts eingestellten Kollegen stark abweichen und daher gezwungen sind, ähnliche Schlussfolgerungen aus der heutigen Wirtschaftslage zu ziehen wie die Arbeiterschaft. In diesem Sinne verdient die

Prosjüre von Heinz Dietrich, hinter dem sich ein führender Mann der Wirtschaft verbirgt, „Der Kapitalismus am Scheidewege, das Problem der Arbeitslosigkeit“ (Verlag Hans Odenburg, Lübeck, Preis 1.50 RM.) besondere Hervorhebung als ein kurz zusammengefaßter Aufruf der dringenden Maßnahmen zwecks Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zwecks Aufstiegs aus der heutigen Wirtschaftskrise. Nach einer gründlichen Unterleugung über die vermeintlichen und wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit wird dabei über die Möglichkeiten zur Behebung der Arbeitslosigkeit festgestellt:

„Der deutsche Inlandsmarkt ist für die deutsche Gesamtwirtschaft unendlich viel wichtiger als der Weltmarkt. Der Weltmarkt ist für die deutschen industriellen Fertigerwaren auf Jahre hinaus bedeutend enger geworden durch Ausfällen von Rußland und China, vor allem aber durch Aufkommen neuer Fertigerwarenindustrien in europäischen und außereuropäischen Ländern. Die deutschen industriellen Werke sind hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit mit Rücksicht auf den verengten Markt meistens viel zu groß angefaßt. Verlängerte Arbeitszeit erreicht gerade das Gegenteil von dem, was ihre Befürworter erstreben. Merkwürdig, daß bisher kaum jemand der „Verantwortlichen“ den von Karl Marx vorgeschlagenen vorzüglichen Regulator, „Der Verkürzung der Arbeitszeit“ angewendet hat, um die Entlastung zu beschleunigen. Es gibt kein anderes Mittel im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit als die Arbeitszeit ganz allgemein herabzusetzen, sei es nun, daß man zum Siebenstundentag oder zur Fünftagewoche oder zu sonst einer Kombination übergeht. Nach Ansicht des Instituts für Konjunkturforschung könnten in den industriellen Betrieben, die heute noch voll oder annähernd voll arbeiten, bei Einführung der 40-Stundenwoche etwa 1 1/2 Millionen Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden, was nach einer Reihe öffentlicher und anderer Betriebe käme. Heute, wo die Not von vielen Millionen von Volksgenossen so groß ist, kann es nur eine Lösung geben: Weg mit den Arbeitslosen von der Straße und wieder hinein in die Betriebe! Auch wenn dadurch die

Krente der Unternehmung gefährdet ist! Höher als privates Gewinnstreben muß heute Linderung der Volksnot stehen. Die praktische Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit wird nicht leicht sein. Und doch hat unsere Wirtschaft bei der Demobilisierung unserer Millionenheere nach Friedensschluß Schmerzliches vollbracht. Demobilisieren mit dem gleichen Schwung das Arbeitslosenheer! Eine Welt wird aufhorchen, wenn das deutsche Volk gelangt und unsere Wirtschaft wird einen ungeahnten Auftrieb erleben.“

Es ist, wie gesagt, ein weißer Rabe unter den Unternehmern, der hier ein Programm eintrifft, das im großen und ganzen der Parole der 40-Stundenwoche entspricht, welche letzten in Zürich die Vorstandsberatung der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes als Kampfpapier der internationalen Arbeiterbewegung für die 40-Stundenwoche ausgegeben hat. Sie gewinnt jedoch dadurch an Bedeutung, daß sie zeigt, daß die weitestgehende Kürze der Arbeitszeit erkennen, daß es nur einen Weg gibt, um aus der Krise herauszukommen, und das sind die Vorschläge, wie sie von der organisierten Arbeiterbewegung bereits seit langem gemacht worden sind. Wenn wir nicht den Weg zur völligen wirtschaftlichen Verarmung gehen wollen, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Arbeitszeit zu verkürzen, wie es dem heutigen Stand der Technik entspricht, und ferner die Kaufkraft der Massen so zu gestalten, daß sie imstande sind, die Produkte der Industrie und der Landwirtschaft abzunehmen. Mag diese Lösung auch englischen Unternehmern nicht gefallen, so ist sie doch die einzige, die sich als organischer Ausweg aus der jetzigen Krise bietet und imstande ist, zu verhindern, daß nicht die Kampfpapier der internationalen Arbeiterbewegung für die 40-Stundenwoche wird daher zum Gebot der Stunde für alle Welt, die voller Sehnsucht den Weg aus der heutigen Wirtschaftskrise gebahnt wissen will.

37 Todesurteile wegen Religionsverschöderung

Bei der Begräbnung gestorben

Konstantinopel, 31. Jan. Das Kriegsgericht hat neuerdings 37 Armenen-Beschwörer zum Tode durch den Strang verurteilt; bei fünf der Verurteilten wurde wegen ihres hohen Alters die Todesstrafe nachträglich in Gefängnisstrafe umgewandelt. Unter diesen Beschwörern befindet sich auch der Anführer der Beschwörer und Haupt des Demagogischen Komitees, der 33-jährige Scheit Effendi. Es kam zu einem hochdramatischen Zwischenfall, als Effendi erfuhr, daß er selbst zwar leben dürfe, aber sein Sohn, der sich unter den Beschwörern befand, gehängt werden würde. Der Geis sprach entsetzt empor und ließ sich zu Boden.



Vor dem Ausnahmegericht in Messemen fand der Prozeß gegen die 24 Demagogen statt, die sich wegen der blutigen Ausschreitungen in der Stadt zu verantworten haben. Die Demagogiker hatten zu einem heiligen Kriege gegen die moderne Regierung der Türkei aufgerufen.

Verjammlungsverbote in Hessen

Darmstadt, 31. Jan. Auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres für das Gebiet des Volksstaates Hessen alle öffentlichen Versammlungen, Auf- und Umzüge, Demonstrationen und Verjammlungen unter freiem Himmel verboten, die von Gruppen nicht in Hessen wohnender Angehöriger der R.S.D.M.P. oder deren Unter- und Nebenorganisationen veranstaltet oder besucht werden.

Darmstadt, 31. Jan. Die Kreisdirektoren von Offenbach und Bensheim haben alle Veranstaltungen der politischen Parteien unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten.

Gießen, 31. Jan. Um der verstärkten Spannung zwischen den verschiedenen politischen Gruppen der Giesener Studentenschaft anlässlich der bevorstehenden Wahlen, bei der es in den letzten Tagen mehrfach zu Reibereien und einmal auch zu einer Schlägerei zwischen rechts und linksseitigen Studenten kam, entgegenzuwirken, hat das Giesener Polizeikommando heute eine Notverordnung mit sofortiger Wirkung erlassen, nach welcher in den Straßen vor dem Universitätsgebäude Auf- und Umzüge, Ansammlungen, sowie das Tragen und Aufstellen von Plakaten und Transparenten verboten ist.

Der Prozeß gegen die polnischen Militärsieger

WV. Dvveln, 31. Jan. Unter großem Andrang des Publikums und der Presse fand heute vor dem Erweiterten Schöffengericht die Verhandlung gegen die beiden polnischen Hiesiger statt, die am Tage des Reichstagsanfalls bei Dvveln mitgewirkt hatten.

Nach dreiviertelstündiger Beratung wurde das Urteil verkündet, das gemäß dem Antrag des Oberstaatsanwalts gegen Tziela eine Freiheitsstrafe und gegen Wolf auf zwei Wochen Gefängnis mit Haftverrechnung lautet.

Die Angeklagten bestritten, sich im Sinne der Anlage schuldig gemacht zu haben, und führten die Verlegung der deutschen Neutralität auf ihre schlechten Orientierungsinstrumente und schlechte Wetter zurück.

Abbruch der Genfer Beratungen über die Arbeitslosigkeit Der Vermittlungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat die Beratungen über die Arbeitslosigkeit abgeschlossen. Der Bericht des Sonderkomitees wurde von uns bereits am Samstag mitgeteilt.

Treistaat Baden

„Landgraf werde hart!“

Diese Mahnung und Warnung, die einst der Schmied von Rügla einem thüringischen Landgrafen zugerufen hat, richtet Herr Adam Räder insbesondere an die badische Regierung und an die badischen Behörden. Er schreibt in seiner Korrespondenz u. a.:

Verbot der Uniformen überhaupt ist eine moralisch und gesellschaftlich unantastbare Grundlage, um den kindisch-dumm-zwecklosen Auswüchsen der nationalsozialistischen Agitation entgegenzutreten. Entgegenzutreten — daran fehlt es allerorten: Gericht, Verwaltung, Minister, Parlament lassen es an Energie fehlen. Kein Staat, keine Gesellschaft kann ohne Autorität gedeihen; ohne Acht und Ordnung zerfallen alle sozialen und staatlichen Gebilde. Strafe sind die jungen unreifen Vurghen, die rein physisch noch gar nicht in der Verfassung sind, dem Hochschulen, dem Gelehrten, ein legitimes Organ zu geben, auf Hochschulen, Akademien bis zu den Oberklassen der Gewerbetreibenden die Bannerträger für politische Forderungen, für Gemeinwohl im öffentlichen Leben, für Tugendhafte und Besonnenen, für rücksichtslose Standhaftigkeit und Beharrlichkeit der höchsten Organe, für feste Berufsethiken und Befähigungen anders Denkender. In dieser Jugend ist kein Anstand, keine Ritterlichkeit, keine vornehme Denkart; alles, was sich ihr entgegenstellt, wird niedergedrückt, niedergeböhlt oder meuchlings „erledigt“. In Heidelberg ist der „Mia“ ein provozierendes Organ der extremen Rechtsverbände. Stets das die Herren etwas lernen und ihr Penium studieren und abschließen, machen sie in politischer Agitation und das alles mit dem Geld, das die Steuerzahler — das ist die große Masse der kleinen Leute, denen direkt und indirekt die Millionen abgeschöpft werden — aufbringen. Wohin soll diese Zustlosigkeit und Verachtung der öffentlichen Atmosphäre führen? Man könnte sich denken, daß die Arbeiter, die gegenüber den Standesherren die große Mehrheit bilden, die Sache fast bekommen und die Radikalisierung in ihrer Eigenschaft als Waffentragende der Reaktion niederzuschlagen. Dann wäre der Bürgerkrieg fertig. Das muß verhindert werden. Darum müssen die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Anstandes berufenen Organe einherrschen, unerschrocken einschreiten!...

Der Minister hat nun den „Mia“ aufgehoben. Hoffentlich ist das ein erster Schritt auf dem Wege zur Selbstbehauptung des heutigen Staates. Andere müssen ihm folgen. Wo heißt das Eingreifen gegen diesen Herrn Professor Kraft aus Mannheim, der in öffentlicher Versammlung des badischen Parlament — neben den anderen Parlamenten — einen Gehinderten nannte? Wo bleibt der Staatsanwalt, der Staatspräsident, der Polizeiminister, der Präsident des Landtags? Will man diese schändliche Beschimpfung ruhig eintreten? Konjunkt habe acht! Es geht nicht an, daß man die Autorität fortgesetzt herunterreißt. So wie der Mann sich wehrt, wird er geehrt. Das gilt auch für Staat und Obrigkeit. Rückwärts, Rückwärts, die lausabwärtigen Randgebiete, die Knochen knacken, muß vorgegangen werden; im Reich und in den Ländern. Ein halbes Duzend mal fest zusammenreißen und die Kraft, Mordtaten und Genossen mit der „Schärfe des Schwerts“ getroffen und sie fassen.

Denk hinter dieser Gesellschaft steht nicht jene verständliche und im ideologischen Sinne ebenwertige revolutionäre Gesinnung, die mit dem alten Ethis ein neues Gebilde erstrebt — das zur Disziplin führt und das man bekämpfen kann, oder bekämpfen muß —, sondern eine ideallose hundstötische Gellendmachung ordnungswidriger Instinkte, die im psychopathischen Mittel jeder Menschenteilung latent sind und herausbrechen mit bestialischer Gewalt, wenn sie nicht durch das Ethis der Seele mit ihrem Instrument des Sanktions Willens lapiniert werden. Sanktion werde hart! Dieser Ruf an die Organe der Obrigkeit ist heute berechtigter noch als zu jener Zeit, da ihn der „Schmied von Rügla“ im 12. Jahrhundert, als die frech und übermütig gewordenen Junker-Clique das Land bedrückte, dem Landesfürsten warnend zurief.

Politische Verwilderung eines 17-jährigen

So sehen die Früchte nationalsozialistischer Erziehung aus. Genosse Minister Dr. Remmele übersendet der Heidelberger Volkszeitung die Abschrift eines anonymen Briefes, der er gestern aus Heidelberg erhalten hat. Dieser Brief beleuchtet scharfsinnig, was für eine Sorte Menschen heute Politik macht und auf welchem Grad des Tiefes wir in der Politik durch die verbrecherische Hege der Nazis angelangt sind.

Heidelberg, den 30. Januar 1931.
Adam Remmele, Müllerbush a. D.
s. St. Wallenmörder
in Karlsruhe, Ministerium.

In der Meinung, daß Sie als größter Gehaltsempfänger an der badischen Staatskasse treffen, und Sie es in Ihrer Dummheit von Müllerbush zum Dr. h. c. gebracht haben, sind wir der Meinung, daß Sie im Besitze eines effizienten Radioempfangers sind, möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, daß morgen Freitag, den 30. Januar, von München um 19.30 Uhr Ihr Ausflieger.

„Das Wandern ist des Müllers Lust“

von den Kindern der Stadt Singhale übertragen wird. Als heimlicher umschichtiger Staatsmann möchten wir Ihnen anraten, die angebotene Singhale rechtzeitig zu verbieten, da die Gefahr besteht, daß die öffentliche Sicherheit dadurch gefährdet werden könnte, wie es z. B. in Heidelberg der Fall ist.

Im übrigen haben wir Sie recht bald zu einer Aussprache in Heidelberg ein. Eine gute ausgebildete Sturmabteilung steht zu Ihrer Sicherheit bereit, Gummiknüppel stellen uns Ihre Remmele-Kollegen zur Verfügung.

Seil Hitler!
ein 17-jähriger Nationalsozialist,
der Dir gern mal auf den Bauch treten möchte.

Wenn so die Früchte nationalsozialistischer Erziehung ausfallen, so kann man nur sagen: Pfui Teufel — einen anderen Kommentar hierzu gibt es nicht, sofern man nicht weiter fragt, was mag ein solches Früchtchen für Eltern haben.

Beklagnahme

Die Nummer 5 der nationalsozialistischen Wochenchrift „Das Badenfrühblatt“ vom 31. Januar 1931 wurde wegen Verstoßes gegen § 3 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik polizeilich beschlagnahmt und die Beschlagnahme richterlich bestätigt.

Nationalsozialistischer Studentenunfug und Universitätsrat

Unhaltbare Zustände

Wie am Samstag bereits berichtet, bemühen sich die rechtsradikalen Studenten Heidelbergs durch Auflegung von unkontrollierten Einschneidungslisten gegen Gumbel bei der Heidelberger „Blitzgericht“ Gumbels Enttarnung von der Universität durchzuführen. Wie es mit dieser Abstimmungskommission bestellt ist, geht daraus hervor, daß z. B. die Deutsche Volkspartei dagegen Verwahrung einlegt, weil sie ohne ihr Wissen sich auf der Liste befindet. Endlich steht sich auch der Senat der Universität veranlaßt, sich in folgender Erklärung gegen den „Nationalen Kampfausschuss“ in Heidelberg zu wenden:

„Der Engere Senat der Universität Heidelberg nimmt mit Befremden Kenntnis, daß auf einem Wege, der der Sanktion und Ueberlieferung widerspricht, und einen Einbruch in die verbrieften Rechte der Universität darstellt, der Verleumdung gemacht wird, durch öffentliche Abstimmung in der Bevölkerung Heidelbergs einen akademischen Lehrer aus seinem Amt zu entfernen. In diesem grundsätzlichen Beharren auf seinen Rechten vermag der Senat auch nicht die Tatsache irrt zu machen, daß er die Verleumdung der Amtsbezeichnung „außerordentlicher Professor“ an den Privatdozenten Dr. Gumbel mißbilligt und daß er sich gegen sie ausgesprochen hätte, wenn der geistige und geordnete Gehörtsanspruch eingehalten und so dem Senat Gelegenheit gegeben worden wäre, dem Ministerium seine Ansicht mitzuteilen.“

Wie alle Rundgebungen der Universität Heidelberg ist auch diese nicht gehoben und nicht gelassen. Man will einerseits die „verbrieften Rechte“ nicht antasten lassen (so etwas könnte ja auch einmal von der anderen Seite versucht werden), benutzt jedoch gleichzeitig die Gelegenheit, um zum 10. und 10. vielen Male Gumbel abzuwehnen und indirekt das Ministerium abzurufen. Von einer Mitteilung darüber, was gegen die Urheber der „Einschneidungsliste“ sowie gegen die reitenden Studenten geschieht, ist jedoch keine Rede. So kann es nicht weitergehen und so darf es nicht weitergehen. Es wird jetzt eine gebieterische Pflicht des Staatsstudien- und Universitätsrates zu bezeugen, was die Staatsautorität zu treffen fordern kann, die wohl für sich in Anspruch nehmen, daß ihnen nicht mangelnde Reife als Überlegungsgrund zugesprochen wird. Wie man in freiherrlich gerichteten Akademikerkreisen über das Verhalten des Heidelberger Senats denkt, zeigt folgende Zuschrift eines Akademikers an die Mannheimer Volksstimme:

„Die Haltung von Rektor und Senat der Universität Heidelberg zu den bekannten „Affären“ möchte sich nachgerade zu einem öffentlichen Nationalausflug vor dem Teil der Studentenschaft, der von nationalsozialistischen Drabtländern dirigiert wird, verhalten sie auf jede Weise. Trotzdem ist in mehreren Rundgebungen das Verhalten der rebellierenden Studenten als schwerer Unrechtsbrandmarken zu bezeugen, hören sie nicht auf, durch immer sich wiederholende Angriffe gegen die Staatsregierung und ihren rite in Amt und Rang gekommenen Kollegen Gumbel den Verleumdung zu machen, sich bei den Rebellen anzubiedern. Diese Willkürlichkeit wird von den Studenten verdientermaßen den „Lehrern“ gegenüber mit nicht zu überbietender Respektlosigkeit erwidert. Ihre Reden, Plakate und Flugblätter bilden eine Kette von Verleumdungen des Rektors und des Senats, die um ihre Gunst hassen. Ein solcher Aufwand ist auf die Dauer im Interesse des Ansehens von Staat, Stadt und Universität gänzlich unhaltbar. Die Herren vom Senat mit ihrem Rektor an der Spitze mögen tüchtige Hochleute sein. Sie taugen aber nicht, um in dieser schwierigen Zeit eine akademische Anstalt, die Staatsautorität und Weltgeltung vertritt, so zu vertreten, daß beides nicht in Gefahr gerät. Die Universitäten haben die Freiheit des Geistes zu repräsentieren. Wenn sie dieser Pflicht genügen wollen, dann müssen sie Männer an ihre Spitze stellen, die die Fähigkeit besitzen, der Aufgabe ihres Amtes gerecht zu werden. Die derzeitigen Universitätsbehörden haben bisher alles andere bewiesen, nur nicht diese Gabe.“

Soll der Student lernen oder politisieren?

Die Universitäten müssen entpolitisiert werden

Dem Radikaldemokratischen Pressebienst schreibt ein politisch nicht festgelegter bürgerlicher Student nachfolgenden Notruf:

Die Heidelberger Vorkommnisse lenken die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die nachgerade unumgänglichen gemordeten Zustände an den deutschen Universitäten. Dabei muß man wissen, daß diese Ausschüsse fast regelmäßig nur einen Teil, oft auch nur einen Bruchteil, der Studierenden einer Universität umfassen, mögen sie sich nur „Deutsche Studentenschaft“, „Allgemeiner Studentenausschuss“ oder „Allgemeine Studentenschaft“ nennen. Fast immer sind in ihnen nur die rechtsstehenden Studenten organisiert, unter denen die Nationalsozialisten heute die Führung haben, während sich die große Masse der linksstehenden, der politisch neutralen Studenten nur dieser Gesellschaft mit Unruhe abwendet und in der Regel das tut, was man eigentlich die Universität bezieht: nämlich studiert und lernt.

Und damit stoßen wir auf den Kernpunkt dieses ganzen Problems: Ist der Student auf der Universität, um zu lernen, oder um zu politisieren? Ist die Universität, die vom Staat, d. h. von der Gesamtheit des Volkes, mit großen Mitteln unterhalten wird, eine Arbeitsstätte, in der die Intelligenz des Volkes ausgebildet werden soll, oder ist sie die Freistätte für politische Exzesse jeder Art, wo unter dem Schutz der „akademischen Freiheit“ derselbe Staat, der dem Studenten erst das Studieren ermöglicht, in müßiger Weise beschimpft und in den Dreck gezogen werden darf?

Das ist die Kardinalfrage, an deren richtiger Beantwortung das Schicksal des deutschen Universitätswesens hängen kann, die aber fast entschieden werden muß, weil es so wie bisher einfach nicht weitergehen kann. Jeder deutsche Student ist ein Stipendiat des Volkes, denn aus seinen Gehältern und Kollegengeldern aber eine Universität nicht erhalten werden. Glaubt denn aber ein Mensch, daß der Arbeiter, der Angestellte, kurz: der kleine Mann, dessen Groschen auch zur Ausbildung der Studenten beitragen, Studentenfreundlicher wird, wenn er sieht, daß der Student die Freiheit der Universität benutzt, um andere Volksgenossen in übler Weise anzuhäufeln?

Soll der Student lernen oder politisieren? Kein Zweifel, daß er in erster Linie zum Arbeiten, zur Ausbildung für einen Beruf die Universität bezieht. Und für die vielen, vielen, die sich mühsam Jahr für Jahr durch ihr Studium hungern und quälen, soll jede nur möglich Erleichterung geschaffen werden. Es kann aber auch kein Zweifel darüber sein, daß in einer Demokratie der Student an diesen Erleichterungen mitwirken hat. Hier kommen wir der Lösung näher: Selbstverwaltung der Studentenschaft in studentischen, wirtschaftlichen, sozialen Fragen: ist hier gibt es ein ungeheures, heute noch fast ungenutztes, unerschlossenes Betätigungsfeld. Alles andere aber ist zu verneinen.

Im Dienste der Volksgesundheit

Das Heilpersonal in Baden

Nach den Feststellungen des Badischen Statistischen Landesamts gibt es heute (nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js.) in Baden 1919 Ärzte und 337 Zahnärzte. Unter den Ärzten waren 109, unter den Zahnärzten 22 Personen weiblichen Geschlechts. Die Höchstzahl approbierter Ärzte entfällt auf die Stadt Mannheim (266, davon 16 weiblich). An zweiter Stelle steht Freiburg mit 240 Ärzten (davon 9 weiblich); dann folgen Heidelberg (208, davon 13 weiblich), Karlsruhe (205, davon 17 weiblich), Baden-Baden (81, davon 5 weiblich), Pforzheim (78, davon 5 weiblich), Konstanz (61, davon 2 weiblich) usw. Auch die Höchstzahl von Zahnärzten entfällt auf die Stadt Mannheim (59, davon 4 weiblich); dann folgen Freiburg (46, davon 3 weiblich), Karlsruhe (44, davon 4 weiblich), Heidelberg (36, davon 2 weiblich) usw. Fachärzte für Chirurgie und Orthopädie gibt es in unserem Land 86 (darunter 4 Frauen), Fachärzte für Haut- und Geschlechtskrankheiten 72 (darunter 1 Frau); Augenärzte gibt es 48 (darunter 2 weiblich), Ohren-, Hals- und Kehlkopfärzte 45. Trotz der starken Zunahme der Zahl der Ärzte in den letzten Jahrzehnten gibt es heute noch 1215, d. h. rund 72 Prozent aller Gemeinden des Landes, in denen nach dem Stand vom 1. Januar 1929 kein einziger Arzt wohnt. Es liegt auf der Hand, daß es sich bei diesen erstlosen Gemeinden vorzugsweise um kleine Gemeinden mit wenig Einwohnern handelt; immerhin gibt es, wie wir dem kürzlich erschienenen „Statistischen Jahrbuch für das Land Baden“, 1930, Seite 257, entnehmen, 405 Gemeinden mit 500—1000 und 153 Gemeinden mit 1000—2000 Einwohnern, in denen sich bisher kein Arzt niedergelassen hat. Die Zahl der Gemeinden, die bei der letzten Volkszählung 2000—3000 Einwohner gezählt haben, aber nach dem Stand vom 1. Januar 1929 noch keinen selbständigen wohnhaften Arzt haben, beträgt 29.

Approbierte Heiliger von Apothekern sowie Wäcker oder Berwalter von Apotheken gibt es in Baden nach dem Stand vom 1. Januar 1930 290; dazu kommen 136 angestellte approbierte Apotheker (davon 23 weiblich), 125 Apotheken (davon 43 weiblich) und 63 Praktikanten (davon 20 weiblich). Die Zahl der Dentisten in Baden beträgt 861, davon sind 94 weiblichen Geschlechts; staatlich geprüft sind 466 (davon 37 weiblich). Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der approbierten Zahnärzte 337 beträgt (davon 22 weiblich). Anstalts- und Gemeindehebammen gibt es im Lande 1592, sonstige Hebammen 326. Nach Feststellung der Bezirksärzte beträgt die Gesamtzahl der Krankenpflegerinnen (einschließlich der Krankenpflege ausübenden Gemeindefürsorgern) 5616; davon gehören 3260 einem konfessionellen Krankenpflegeverband an. Nicht inbegriffen in dieser Zahl sind 138 staatlich anerkannte und 52 nicht staatlich anerkannte Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen sowie 90 Wochenbettpflegerinnen. Als Wäcker, Heilgehilfen, Masseure haben sich nach dem Stand vom 1. Januar ds. Js. insgesamt 283 Personen bezeichnet davon 132 weiblichen Geschlechts. Sonstige nicht approbierte, mit der Behandlung Kranter sich berufsmäßig befassende Personen wie Laienheilkünder, Kurpfuscher usw. gibt es 365, davon sind 74 weiblichen Geschlechts. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß einschließlich der Ärzte und Zahnärzte rund 12500 Personen im Dienste der Volksgesundheit stehen, d. h. 53 auf 10000 der Bevölkerung.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit
und die Vorklänge der S.P.D. zu ihrer Überwindung

Die Sozialdemokratie zeigt in dieser Schrift den Weg aus der Krise! Die Broschüre ist 36 Seiten stark und zum Preis von 20 Pfg. von allen Parteibuchhandlungen, den Sekretariaten der SPD oder direkt durch die Werbeabteilung der SPD (Berlin SW 68, Lindenstr. 3) zu beziehen.

Bisher gab es trotz der Wichtigkeit der Frage noch keine zusammenfassende Darstellung der jetzigen Arbeitslosigkeit vom sozialistischen Standpunkt.

Bis jetzt! Denn jetzt ist eine Schrift: „Das Gespenst der Arbeitslosigkeit“ erschienen.

Der erste Sachkenner der Sozialdemokratie hat in ganz knapper Form die Ursachen der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage und den Stand der chronischen Massenarbeitslosigkeit aufgezeigt. Punkt um Punkt wird dann dargelegt, was unter Führung und Einfluß der SPD für die Arbeitslosen geschehen ist. Damit ist die erste Ueberbrückung über das Wirken der SPD auf diesem Gebiete gegeben.

Einen Hauptteil der Broschüre nimmt die Darstellung der sozialdemokratischen Vorschläge zur Überwindung der Krise auf dem Arbeitsmarkt ein. Diese Vorschläge greifen zum Teil tief in das gesellschaftliche Leben und erfassen alle erdenklichen Möglichkeiten.

Die Sozialdemokratie ist der Überzeugung, daß die Durchführung der Forderungen die Not von Millionen Kindern wird. Diese außerordentlich bedeutsame Schrift muß jeder kennen lernen, der sich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigt. Die Broschüre ist 36 Seiten stark und kostet 20 Pfg. Alle Parteibuchhandlungen, die Parteisekretariate oder die Werbeabteilung der SPD (Berlin SW 68, Lindenstraße 3) direkt liefern sie.

Letzte Nachrichten

Blutige Zusammenstöße in Berlin

BERLIN, 1. Febr. In der letzten Nacht kam es in Charlottenburg zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf sechs Schüsse abgefeuert wurden. Der 24 Jahre alte Arbeiter Otto Grünberg wurde durch einen Schuss getötet. Schwere Verletzungen erlitten der 25 Jahre alte Arbeiter Erich Niemannsneider durch zwei Messerstiche im Rücken und der 23 Jahre alte Arbeiter Fritz Bieri. Der Tote und die zwei Verletzten gehörten zur kommunistischen Partei. Als das Überfallkommando erschien, war der größte Teil der an dem Tumult Beteiligten bereits geflohen, so daß nur noch vier Personen festgenommen werden konnten.

Härten im Versorgungswesen beseitigt

Sozialdemokratische Anträge

Der Ausschuss für den Reichshaushalt beriet den Einzelplan für Versorgung und Arbeitsschutz. Dabei wurde eine Entschädigung des Reichs für etwa notwendig werden sollten, nicht durch Kürzung des Zuschusses beim Etat für die Versorgung der ehemaligen Wehrmacht auszuscheiden. Eingetretene Härten sollten allmählich beseitigt werden. Weiter wurde eine sozialdemokratische Entschädigung angenommen, worin die Reichsregierung erklärt wird, in eine Prüfung einzutreten, ob und inwiefern bedürftigen Kriegsveteranen auch nach Ablauf der im Reichsversorgungsgesetz genannten Fristen an Stelle der Elternrente laufende Beihilfen oder Unterhaltungen gewährt werden können. Ferner wurde die Reichsregierung ersucht, die für die Kapitalbindung zum Zwecke der Wohnungsfürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebenen vorgesehenen 10 Millionen Mark unverzüglich und rechtzeitig dem Hauptverwaltungsamt zur Verfügung zu stellen. — Schließlich schloß eine sozialdemokratische Entschädigung der Reichsregierung, die Vorschriften für die Beilegung von der Gebühre für Krankenkassen und Berufsunfähigkeitsversicherungen auf alle Schwerbeschädigten auszuweiten.

Nationalsozialisten und Zentrum

Wie sich Herr Feder die Zukunft denkt

BRUNNEN, 31. Jan. In einer nationalsozialistischen Versammlung am Reichstagsgebäude sprach Herr Feder auf die Rede des Zentrumsführers Kaas in Köln zurück, in der Kaas scharfe Bemerkungen gegen die Nationalsozialisten gebraucht hatte. Feder teilte mit, er habe von Kaas bezüglich der Zukunft darüber verlangt, ob Herr Kaas tatsächlich diese Versicherungen getan habe. Der Zentrumsführer hätte ihm geantwortet, daß seine Ausführungen in Köln durch die Presseberichterstattung zersplittert und teilweise aus dem Zusammenhang gerissen worden seien. Im übrigen werde wohl bei dem Zusammentritt des Reichstages Gelegenheit sein, noch mündlich über die angeschnittene Frage sich auszusprechen. Feder wies dann darauf hin, daß er diese Versicherungen mit Kaas haben werde, weil es selbstverständlich sei, daß die nächste Regierungsbildung in Deutschland nicht anders vollzogen werden könne als durch ein Zusammenarbeiten von Nationalsozialisten und Zentrum.

Verhandlungen in Duisburg-Kuhrort ergebnislos

DUISBURG, 31. Jan. (Sta. Ber.) Die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Jarres zwischen dem Betriebsrat zwecks Beseitigung der Stilllegung des Stahlwerks in Duisburg-Kuhrort geführt wurden, verliefen wiederum ergebnislos. Die Gewerkschaften aller Richtungen lebten den Lohnabbau-Vorschlag der Direktion der Stahlwerke ab. Der Betriebsrat der Stahlwerke Wolff beantragte die Ablehnung u. a. damit, daß die Annahme des Vorschlages durch die Gewerkschaften eine außerordentlich gefährliche Durchbrechung des Tarifwesens bedeute und die erwartete Erleichterung für die Werke nicht bringe. Die Erparnisse, die bis im Oktober 3 Milliarden Mark betragen sollen, gemessen an den Dividenden, stamms ins Gewicht. Wolff schlug vor, die Mehrarbeit über 48 Stunden abzufächeln, um so auch Beseitigung der Mehrlohnzuschläge (25 Prozent) Erparnisse zu erzielen. Die Direktion der Stahlwerke lehnte diesen Vorschlag ab.

Tabaksteuer und reisender Kaufmann

Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands hat an die einzelnen Fraktionen des Reichstages die dringende Bitte gerichtet, — soweit es nicht schon durch Einreichung entsprechender Anträge geschehen ist — bei den kommenden Reichstagsverhandlungen sich für die Einberufung auch der Handlungsreisenden und Handelsvertreter in den Kreis der Entschädigungsberechtigten einzusetzen. Es wird darauf hingewiesen, daß infolge der Auswirkungen der Tabaksteuererhöhung auch die Handelsvertreter ihre Stellung zum Verfall verloren haben und noch verlieren werden.

Volkswirtschaft

Der Lebenshaltungsindex

Der Lebenshaltungsindex für den Monat Januar ist gegenüber Dezember weiter von 141,6 auf 140,4 Prozent gesunken. Der Erwerbsindex ging um 1,0 auf 133,5, der Index für Heizung und Beleuchtung um 0,5 auf 150,4, der für Bekleidung um 2,3 auf 140,4 und der Index für den sonstigen Bedarf um 0,8 auf 137,3 Prozent zurück. Die Indexziffer für Wohnungsbedarf ist um 0,4 auf 131,8 Prozent gestiegen. Es wird allgemein Zeit, daß dafür gesorgt wird, daß die zu hohen Mietpreise für Neubauwohnungen den gesunkenen Einkommen angepaßt werden.

Wirtschaftskriegsgepenst steht auch vor Frankreich

Der Landeswirtschaftsrat von Frankreich veröffentlichte einen ausführlichen Konjunkturbericht, in dem er summa summarum die Schwierigkeiten über Kurzarbeit und Auftragsrückgang in den verschiedenen Industriezweigen gibt. Besonders die Export- und Luxuswerke in Nordfrankreich feiern alle zwei Wochen einen Tag. Die Textil- und Südtexindustrie dagegen einen Tag in der Woche. Die Automobilindustrie haben ihre Produktion um 30 Prozent vermindert. Die Eisen- und Stahlindustrie hat ihre Belegschaft um 15 bis 30 Prozent vermindert. Einige Werke haben ihre Produktion um 40 Prozent entlassen. Die Warenindustrie verzeichnet einen Auftragsrückgang von 35 bis 40 Prozent. Die Textilindustrie hat ihre Produktion um 20 Prozent, die Schuhindustrie um 30 Prozent, die Papierindustrie um 15 bis 20 Prozent, die Porzellan- und Glasindustrie um 30 Prozent vermindert. Die chemische und die Schiffbauindustrie seien von der Krise verschont geblieben.

Aus aller Welt

Gemälde Diebstahl in Frankfurt a. M.

Bei einem Einbruch in die im Frankfurter Stadtteil Ginnlingen gelegene Villa des Generaldirektors Dr. Caspar erbeuteten die Täter mehrere wertvolle Gemälde, u. a. von Tenier und Spiesweg, im nominellen Gesamtwert von 45 000 Mark.

Zugattentat

In der Nacht zum Samstag wurde auf dem Schnellzug, der um 11 Uhr nachts von Wien nach Passau abgeht, ein Attentat verübt, das nur infolge der Geistesgegenwart des Lokomotivführers ohne Folgen für die Insassen des Zuges blieb.

Anwaltsfandal auch beim Landgericht I

BRUNNEN, 2. Febr. Der Präsident des Landgerichts I in Berlin, Schilling, hat, wie die Monatsblätter berichten, gegen eine Reihe Berliner Anwälte eine Untersuchung eingeleitet, da der dringende Verdacht besteht, daß zum Landgericht I Unregelmäßigkeiten von Anwälten und Beamten bei der Erlangung von Urkunden vorgekommen sind, ähnlich denen, die sich beim Landgericht III ereignet haben. Es hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl von Berliner Anwälten in den Urkunden außerordentlich bevorzugt worden sind und es wurde sofort vermutet, daß diese Anwälte einen umfangreichen „Schleppendienst“ eingerichtet haben.

Der neue Bischof von Meissen

Freiburg i. Br., 1. Febr. Heute fand im Freiburger Münster die feierliche Konsekration des zum Bischof von Meissen gewählten früheren langjährigen Stadtpfarrers von Konstanz und Mitglieds des Metropolitanrates der Erzdiözese Freiburg, Domkapitulars Dr. Theodor Konrad Gräber durch den Erzbischof Dr. Frick statt.

Geldfälsche gestohlen

Berlin, 2. Febr. (Frankfurt.) Auf dem Bahnhof am Brandenburger Tor wurden unbekanntes Diebe eine plombierte Geldtasche mit 8000 M. in Papier- und Silbergeld.

Personalwechsel in französischer Diplomatie

Wie die politische Wochenschrift Cynano meldet, steht ein bedeutender Personalwechsel in der französischen Diplomatie bevor, von dem auch der Reichsminister in Berlin betroffen werden soll. Der jetzige Botschafter De Marquerie soll in den Ruhestand versetzt und durch den Botschafter beim Vatikan De Fontenas ersetzt werden. De Fontenas habe einst an einer deutschen Universität den philosophischen Doktorgrad erworben und spreche ebenso gut deutsch wie französisch.



Lawine droht einen Kurort zu verschütten
Der bekannte Schweizer Kurort Elm im Kanton Glarus wurde durch einen ungeheuren Lawinensturz von der Außenwelt völlig abgeschnitten.

Elfi Beinhorn in Portugiesisch Guinea

Die Afrikanologin Elfi Beinhorn ist in Bolama (Portugiesisch-Guinea) eingetroffen und hat damit ihr vorläufiges Ziel erreicht.

Der Goldmacherprozess

München, 31. Jan. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß der Goldfällhaller, von dem Tausend gefahren behauptete, er sei ihm im Gefängnis abgenommen worden, trotz eifriger Suchens nicht gefunden werden konnte.

Dann gab Prof. Dr. Posthum als medizinischer Sachverständiger sein Gutachten ab. Tausend sei ein Phantast und habe ein großes Geltungsbedürfnis. Er sei ein Psychopath mit hysterischem Einschlag. An seine Erfindung hat er nach der Ansicht des Sachverständigen fest geglaubt.

Dann folgte die Vernehmung des Professors Settini aus Bergamo, der durch Vermittlung eines italienischen Offiziers mit Tausend in Verbindung getreten ist und 1928 auf Schloss Palsbach in Südtirol mehreren Verjahren Tausends beigewohnt hat. Die Theorien Tausends hätten, erklärte der Zeuge, auf ihn einen vollkommen verworrenen Eindruck gemacht. Bei einem Experiment, bei dem man Gold herstellen wollte, habe der Zeuge festgestellt, daß unter verschiedenem anderem Material eine Metalllegierung versteckt

war. Mit einem Drittel dieser Legierung unternahm dann Settini noch einen Versuch, der mehr Gold erbrachte, als ein Tausendlicher Versuch mit Zweidrittel der gleichen Legierung. Der Zeuge sieht hierin einen Beweis dafür, daß das Metallstück goldhaltig war.

Nobelpreisträger Macdonald und Henderson

London, 2. Febr. (Sundienst.) Macdonald und Henderson wurden dem Nobelpreis-Komitee als Kandidaten für den Friedenspreis für 1931 vorgelegt.

Ausweisung eines Nationalsozialisten aus Frankreich

PARIS, 1. Febr. In einer aus Straßburg datierten Meldung des „Matin“ wird behauptet, daß dort gefahren ein nationalsozialistischer Agent, der aus Saarbrücken nach dem Elsaß gekommen sei, um unter dem Vorwand des Betriebes deutscher Waren eine antifranzösische Propagandaarbeit zu entwickeln, festgenommen und über die Grenze abgehoben worden sei. Wie in der Meldung weiter behauptet wird, soll es sich angeblich um den Leiter einer kürzlich von der Regierungskommission des Saargebietes verbotenen nationalsozialistischen Zeitung in Saarbrücken, Georg Mathies, handeln.

Der schwarze Mann als Minister

Die nationalsozialistische deutsche und französische Presse ist sich einig in der Beschäftigung des soeben zum französischen Kolonialminister ernannten Negers Diagne.

Es geht Gerumme und Gellüster
Durch alle rassistischen Verbände
Ein Schwarzer Kolonialminister...?
Na, das ist aber Frankreichs Ende!

Das tut pikant, das rumpft die Nase.
Sie rühren ihre Tauchentlässe
Und leeren ihre Raufenbräue:
Die Nigger sind doch Menschenkinder!

Sie gackern stolz wie Hochschulbuben
Und haben geistig nichts zu befehen.
Wer keine Farbe kann befehen,
Bekannt sich dennoch zu der weißen.

Moskij Diagne: laß sie kiffen!
In deines und vertrau der Parze.
Die möchten gern auch Schwarze treffen
Und treffen dabei nie ins Schwarze.

Bequemer Scheidungsgrund

Wie wird man seine Frau los?

In Belgrad wird es demnächst einen Prozeß geben, der in seiner Art wohl noch niemals vorgekommen ist. Beklagter ist ein Jurist der Staatsanwaltschaft, des Namens Dr. Jantolek, also selber ein in juristischen Dingen berufsmäßig Erprobter, und den Inhalt der Anklage bildet der Vorwurf des Betruges und der Annehmung falscher Zeugen. Auf diese einfache juristische Formel gebracht, bildet der Prozeß an sich noch keine Sensation, zur Sensation wird er erst, wenn man den konkreten Tatbestand erfährt.

Herr Dr. Jantolek war mit seiner Frau nicht mehr zufrieden und wozu sie gern wieder losgeworden. In seinem Leben war aber die Gattin anderer Meinung und fand, daß sie ein Leben ohne Herrn Jantolek absolut nimmer führen würde. Also verweigerte sie die Scheidung und brachte den Herrn Gemahl damit in große Verlegenheit. Er kann hin und kann her, studierte das ihm ohnehines aus seiner gerichtlichen Praxis so bekannte Ehegesetz und fand keinen normalen Ausweg. Nur eine „Hoffnung“ blieb ihm: die Gattin des Ehebruchs zu überführen. Wie aber sollte ihm dies gelingen? Nun, sein Plan war bald gefaßt und er beschloß, so handeln!

Man heißt nach...

Mit offiziellen Detektivbüros stellte sich Herr Dr. Jantolek nicht einlassen. In seiner amtlichen Stellung war ihm dies zu genau. Darum wandte er sich an zwei Arbeitslose und ließ diese die Kunst des Betrugbetriebs treiben.

Er bestellte die zwei Arbeitslosen in die Nähe seiner Wohnung und ließ sie dort mit ihm solange warten, bis seine Frau auf der Straße erschien. Nach einiger Zeit trat die Dame wirklich zum Haus und der Ehegatte küßte den beiden „Detektive“ zu. „Das ist sie, laßt sie jetzt!“

Die zwei Arbeitslosen trauten brav hinterdrein, frohsauf, frohsab, bis sie in ein verschwiegenes Gäßchen gelangten. Dortselbst trat ein junger Mann auf die Dame zu, umarmte sie förmlich und verstand nach einigem Geier mit ihr im — Hotel...

Mehr brauchte der Ehegatte nicht. Er hatte jetzt den herrlichen Scheidungsgrund in der Hand und es ist überflüssig, noch zu betonen, daß auch die beiden Arbeitslosen dabei gut wegkamen. Der Herr Justizrat ließ sich den Genuß, die Gattin loszuwerden, gern mas kosten.

Es ist erreicht!

Schon am nächsten Tage brachte Herr Dr. Jantolek gegen seine Frau die Scheidungsklage ein. In der Klageschrift war genau

mit allen Details der Klagegrund angegeben: Ehebruch der Gattin! Die Frau Gemahlin wurde vorgeladen. Sie erschien und war scharflich enttäuscht. Nie und nimmer habe sie so Scheußliches begangen, man möge ihr doch sagen, wo, wann und mit wem. Mit der Beantwortung der beiden ersten Fragen konnte man ihr dienen: in dem und dem Gäßchen, an dem und dem Tage, zu der und der Zeit. Den Partner konnte man freilich nicht vorführen. Der sei dem Kläger leider nicht bekannt. Frau Jantolek war verzweifelt, nie und nimmer sei sie in dieser Gegend gewesen, wisse gar nicht, daß dieses Gäßchen existiere und das ganze sei nichts als eine infame Lüge.

Da treten die beiden Arbeitslosen zur Zeugenschaft vor. Genauestens berichteten sie, was sie alles mitangesehen hätten, leiteten darauf den Eid — und die Geschichte war erledigt: dem Ehegatten des Herrn Dr. Jantolek wurde Recht gegeben und die Ehe aus dem Verschulden der Gattin geschieden!

„Dame gesucht, die...“

Die geschiedene Gattin wandte verzweifelt aus dem Gerichtssaal. Doch tags darauf war in den Belgrader Blättern ein Inserat zu lesen:

Hohes Belohnung! Dame gesucht, die am soundso vierten und soundso viel Uhr in dem und dem Gäßchen im Hotel X. gewesen ist...

Zwei Tage später holte sich Frau Jantolek in den Interaten-administrationen der Zeitungen die Antworten und richtig: ein Brief war da! Sie las ihn und kürzte sprachlos vor Staunen und Entrüstung in ihr eigenes Haus. Aber nicht in den ersten Stock, wo sie wohnte, sondern in ein Stockwerk höher, wo eine bekannte Ledebade bequartiert war.

Diese machte nicht den geringsten Hehl aus ihrem damaligen Scheidungsgrund und ließ durchblicken, daß ihr Partner der Herr — Dr. Jantolek selber gewesen sei. Dieser mußte sich offenbar auf Nebenwegen, im Auto oder sonstwie auf das Schlafstübchen begeben haben, war von den zwei Arbeitslosen nicht erkannt worden und hatte den Ehebruch vollbracht, den vollbracht zu haben er nachher seiner Frau anführte.

Selbstverständlich wurde der allzu raffische Justizrat einige Stunden länger vom Bied weg verhaftet und wird jetzt zweifellos von seiner Frau getrennt werden, aber nicht durch ein Ehebruchsdekret, sondern durch die hiden Mauern eines Gefängnisses.



Groß-Karlsruher



Geschichtskalender

2. Februar. 1807 *Französischer Sozialist Ledru-Rollin. — 1829 *Alfred Brehm (Tierleben). — 1841 *Schweizerischer Naturforscher Forel. — 1904 *Italienischer Sozialist Labriola. — 1919 Reichskabinett Scheidemann. — 1920 *Pöolog Otto Büschli (Kern, Zellteilung). — 1920 Friedensschluss Rußland—Estland.

Februar

Der Februar hat unter den Monaten stets eine Ausnahmestellung eingenommen, denn er ist sozusagen der Zülpit unter ihnen, und wenn er auch den andern nicht um viele Tage nachsteht, so ist doch seine Kürze stets aufgefallen. Einige seiner Namen hat man auf diese Eigenschaft zurückgeführt. Die von Karl dem Großen eingeführte oder jedenfalls erneuerte Bezeichnung *Horning*, die im 18. Jahrhundert als deutscher Name des Februars neu beliebt wurde, hat man mit der Verfürgung des Monats in Zusammenhang gebracht, denn „Horning“ bedeutet in den germanischen Sprachen den unehelichen, also rechtlich minderwertigen Sohn.

Näher liegt es allerdings, den Namen daraus zu erklären, daß der Frost im Februar „so hart wie ein Horn“ ist, und auch die heulenden Winterstürme dieses Monats gemahnen an die Vorstellung vom Windgott, der auf einem Stierhorn bläst. Man nennt auch den Februar das „kleine Horn“ im Gegensatz zum Januar, dem „großen Horn“. Geführt ist es, in dem Hornung Anspielungen auf die Zeit zu sehen, in der man Festgebäck in Form des Horns, d. h. der Mondhörnchen, verzehrte und aus Trinkhörnern sich betraufelte.

Der Name Februar stammt von einem der beiden großen Feste, die schon in indogermanischer Epoche in dieser Jahreszeit gefeiert wurden, dem Reinigungsfest. Die *Februatia* oder Reinigung, die die römischen Frauen bei der Lupercalien-Fest vornehmen mußten, bezeichnet den Februar als „Reinigungsmonat“; daher wurde im Christentum das Lupercalien-Fest in das Fest von Mariä Reinigung umgewandelt. In diesen Zusammenhang gehört auch der Name „Reinheitsmonat“ und der in vielen Teilen Deutschlands übliche Ausdruck „Spürkel“, „Spürfel“, „Sporkel“ usw., der mit dem heidnischen Opferfest der Spurcalien zusammenhängt und aus dem man den Namen einer alten Erdgöttin Spurke ableiten wollte.

Jedenfalls lebt in diesem Namen die Erinnerung an ein altes Frühlingsfest fort, das im Februar begangen wurde, in dem der Winter sein Ende erreicht und der daher einen Wendepunkt im Jahre darstellt. Die Luftbarkeiten der im Februar gefeierten Fastnacht sind die Nachklänge dieses Frühlingsfestes. Das zweite Fest aber, das schon in indogermanischer Zeit in diese Wochen fiel, war ein Totenfest. Daher wird der Februar bei den Angelsachsen geradezu „Seelenmonat“ genannt, und die Erinnerung an die Totenopfer, die die Germanen darbrachten, haben sich noch in manchen Bräuchen erhalten.

In der Volksmedizin gilt der Februar wegen seiner bösen Feuchtigkeit als gefährlich. Die am Schalthag Geborenen haben die Fähigkeit, Geister zu sehen. Schon bei den alten Griechen galt der Februar als günstiger Monatsmonat im Zusammenhang mit dem Warten der Fruchtbarkeitsgötter beim Beginn des Frühlings, und auch später noch wurde im Föhnwind stets viel geachtet. An einzelnen Orten gilt der Föhnwind deshalb für besonders gut zum Eheschließen, „weil in ihm die Raketen verbleiben“. Dagegen glaubt man im Erzgebirge, daß einem im Februar getrauten Paar viel Krankheiten beschieden sind. Im Wetterglauben überwiegt die Meinung, daß der Februar nicht mehr ein so „strenger Herr“ ist wie der Januar, weil die Nacht des Winters gebrachen ist. Daher sagt eine Bauernregel vom Februar: „Er fällt auf einen heißen Stein.“ Andererseits gilt Schnee im Februar für ein gutes Zeichen. So heißt es in Schwaben, daß im Februar ein Saß voll Schnee durch die Ziegel des Daches geweht werden muß, damit es ein gutes Jahr gibt, und man fürchtet die Rälte um Ostern, wenn im Hornung nicht recht wintert. Bedeutungsvolle Tage im Februar sind Lichtmess, Petri Stuhlfeier und Matthias. Besonders die Matthiasnacht ist für die Bräutigamschau günstig.

Kote Einheit, die Straßenbahnerliste bei der Dienststellenauswahl in Karlsruhe

Es wird uns geschrieben: Unter vorstehender marxistischer Ueberschrift veröffentlicht Herr Straßenbahnenwagenführer und Stadtdirektor Kiedinger in der sogenannten Arbeiterzeitung in Mannheim einen Artikel, der zu den bevorstehenden Dienststellenauswahlen in Karlsruhe Stellung nimmt. Wahrscheinlich in der Absicht, daß dieser Artikel die gleiche Wirkung haben wird wie der vor den Gemeindevätern mit der Ueberschrift „Kieselfest“ auf dem Karlsruher Rathaus. Er nimmt in seiner Einleitung an, daß die Fahrdienstbeamten der Karlsruher Straßenbahn auf seine offensichtlichen Schwächen ebenso hereinfallen, wie das bei einem Teil der Karlsruher Bevölkerung bei den Gemeindevätern der Fall war. Nachdem Herr Kiedinger bisher ein recht zahmer und im allgemeinen braver Gewerkschaftskollege war, spielt er ganz plötzlich den „Wilden Mann“. Wie kommt das? Wir wollen versuchen etwas Klarheit zu schaffen über das Vorzeichen des Herrn Kiedinger. Kiedinger ist seit dem Jahre 1925 bei der Straßenbahn als Wagenführer beschäftigt. Er wurde damals mit noch einigen arbeitslosen kaufmännischen Angestellten eingestellt. Er hat sich betätigt in der Freien Gewerkschaft, wenn er auch politisch zur KPD gehörte. Später wurde er neben anderen Kollegen in den Dienststellen-Ausschuß gewählt, dem er bis jetzt angehört, im Jahre 1929 sogar als Vorsitzender. Da ist ihm anscheinend etwas in den Kopf gestiegen und hat er nicht verstanden können, daß an seiner Stelle im Jahre 1930 ein anderer Kollege gewählt wurde; trotzdem er selbst in der Vorbesprechung für diesen stimmte. Der Dienststellen-Ausschuß setzte sich zusammen aus 7 Freien Gewerkschaftlern, 3 Mitgliedern des Straßenbahnervereins und 2 Christlichen. Diese 12 Mann wählten unter sich den Vorsitzenden. Und siehe da, in dieser Sitzung ließ sich Kiedinger von den „Gelben“ und „Schwarzen“ vorschlagen. Nicht bloß vorschlagen, sondern auch wählen. Auch wählte er sich selbst und nicht seinen Kollegen, für den er in der Vorbesprechung stimmte, so daß 6 zu 6 Stimmen standen. Der Dienststellen-Ausschuß gab dann zugunsten des von der Freien Gewerkschaft vorgeschlagenen Kollegen Niebergall den Ausschlag. Kiedinger unterlag. Er blieb aber im Dienststellen-Ausschuß, wenn auch manche Kollegen erwarteten, daß er nach seinem Bündnis mit den sogenannten „Gelben“ und „Schwarzen“ ehrenvoller zurücktreten müsse.

Trotz seines Verhaltens im vorigen Jahr wurde er in diesem Jahre wieder auf die Liste genommen. In der maßgebenden Funktionärskonferenz lebte er aber ab mit der Begründung, daß er sich mit solchen Kollegen, die ihn „abfägen“, nicht auf eine Liste setzen lasse. Nach langem Hin und Her hat er dann zugesehen, daß dieses Jahr eine Liste gekommen wäre, von der KPD, auch wenn er voriges Jahr wieder als Vorsitzender bestimmt worden wäre.

Damit gab er zu, was ihm von der Verbandsleitung schon vorher gesagt wurde, daß er von der KPD gezwungen sei, eine sogenannte oppositionelle Liste aufzustellen, weil er das schon voriges Frühjahr seiner Parteileitung versprochen habe. Im vorigen Jahre wurden nämlich zwei städt. Arbeiter aus der KPD ausgeschlossen, weil sie ablehnten, bei den Betriebsratswahlen KPD-Listen aufzustellen, und so die gewerkschaftliche Einheitsfront zu bilden. Auf den Einwand dieser Arbeiter, daß doch Kiedinger bei der Straßenbahn auch keine eigene Liste aufgestellt hat, erklärte dieser, daß das etwas anderes als bei den Arbeitern sei, weil es sich hier um Beamte handle. Um nicht auch ausgeschlossen zu werden, hat dann K. versprochen, im Jahre 1931 eine solche Liste aufzustellen. Er nennt diese Liste „Kote Einheit“, um den Straßenbahnern etwas vorzutäuschen und damit Stimmen zu fangen. Die Bezeichnung „Kote Zwietracht“ wäre besser gewesen. Denn sie ist zu keinem anderen Zwecke aufgestellt worden, als Zwietracht unter den freigewerkschaftlich organisierten Straßenbahnern zu säen. Die Fahrdienstbeamten sind aber nicht so dumm, wie sie von Kiedinger eingeschätzt werden. Auch fallen die Straßenbahner nicht darauf herein, wenn er in seinem Sekartikel bestimmte Forderungen aufstellt und verspricht, daß die von ihm vorgeschlagenen dafür eintreten werden. Die Fahrdienstbeamten wissen, daß Kiedinger, Düringer und Gültke dazu gerichtet in der Lage sind, von solchen Forderungen können die Straßenbahner nicht leben. Kiedinger bestreitet dann noch verschiedenes dummes Zeug zusammen, über die „Börsen“ in der Seifenstraße. Auch hier merkt man deutlich, daß es eben mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. Um seinen Verrat an den freigewerkschaftlichen Straßenbahnern zu verdecken, zieht er Dinge heran, die mit der Wahrheit des Dienststellen-Ausschusses der Karlsruher Straßenbahn absolut nichts zu tun haben.

Die Straßenbahner in Karlsruhe verzichten darauf, von der „hehnenmühtigen“ KPD geführt zu werden. Sie wissen, daß über all dort, wo die KPD ihre Finger in die gewerkschaftlichen Kämpfe hineinsteckt, Unheil für die organisierte Arbeiterschaft heraufkommt.

In dem Artikel macht er die SPD für den drohenden Gehaltsabbau schuldig. Er schreibt aber kein Wort davon, daß die SPD, ihren Zeitungsträgerinnen über 33 Prozent an ihrem fargen Einkommen abgezogen hat. Und daß die „glorreiche“ KPD einen Tarifvertrag für diese Zeitungsträgerinnen abgeschlossen hat, welcher 33 Prozent niedriger ist, als der Vertrag, welcher vorher mit dem Gesamtverband abgeschlossen war.

Er verschweigt auch, weil das die Straßenbahner in Karlsruhe nicht zu wissen brauchen, daß die „Kote Tabu“ und andere kommunistische Blätter in Berlin rücksichtslos ihre Arbeiter auf die Straße warf und diese Arbeiter um viel mehr schädigte, als die 6 Prozent Gehaltsabbau für die Beamten ausmachen. Auf dieses bestialische Verhalten erwidert Kiedinger in der Regel, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Wenn nun Kiedinger in seinem Artikel, den er in abgekläffter Form bei den Karlsruher Straßenbahnern ausstellt, auch den Gehalt der Arbeiter verächtlich und angeht, wobei er es ebenfalls mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, dann können wir ihm verraten, daß wir Karlsruher Straßenbahner wissen, was schon von unserem Verbandsleiter Blöcher für uns geleistet worden ist. Nicht bloß wir Karlsruher Straßenbahner, sondern alle städtischen Straßenbahner Badens und darüber hinaus, wissen aus langjähriger Erfahrung, daß Dank und Anerkennung am Platze ist und keine schmiedrigen Redensarten, wie sie von Kiedinger beliebt werden.

Wir Karlsruher Straßenbahner lehnen entschieden ab, von Kiedinger und Konorten zu politischen Dummheiten mißbraucht zu werden, nur zu dem Zwecke, seinem persönlichen Ehrgeiz zu dienen. Wir lehnen ab, ihn zu becken für seine unwahren Artikel, die er jetzt und vor der Gemeindeväterwahl geschrieben hat.

Alle unsere Kollegen fordern wir auf, am Dienstag, den 3. Februar nur unsere Liste zu wählen, die

Liste des Gesamtverbandes — Abteilung Straßen- und Kleinbahner.

Diese Liste führt uns dafür, daß unsere Interessen in richtiger Weise vertreten werden. S. — g.

Flugverkehr Ost-West

Die Linie soll Karlsruhe entzogen werden!

Karlsruhe, der badischen Landeshauptstadt, dem Erwerbs- und Handelszentrum Mittelbadens — seit Jahren bekannt als bedeutender Flughafen mit vorläufigen und gutrenzierenden innerdeutschen und internationalen Luftverbindungen — droht im Flugverkehr eine gefährliche Einbuße: Wie schon durch die Ost-West-Linie Paris—Saarbrücken—Karlsruhe—Stuttgart—München in Zukunft keine Zwischenlandung mehr in Karlsruhe, sondern in Mannheim erhalten! Das bedeutet, daß die von der badischen Landeshauptstadt ersehnte und erreichte, kürzeste und schnellste Ost-West-Verbindung, die zugleich die rentabelste Strecke der deutschen Luftverkehrslinie ist, in diesem Falle im großen Bogen um Karlsruhe herumgeführt würde, zum Schaden und Nachteil der hiesigen Geschäfts- und Handelswelt, also ein empfindlicher Schlag für die ganze Stadt und ihre Umgebung, der umso unangenehmer erscheint, als der zukünftige dieser Neuerung, unser guter Nachbar Bayern, anscheinend in Verbindung mit anderen Interessenten, diese Aktion in aller Stille und Heimlichkeit vorbereitet hat.

Die badische Regierung und die Stadterwaltung Karlsruhe haben sich bei der zuständigen Berliner Stelle nachdrücklich für die Beibehaltung des bisherigen Flugweges über Karlsruhe als des kürzesten eingesetzt, ohne bis jetzt in der Angelegenheit etwas Positives zu erreichen; deshalb scheint es im wirtschaftlichen Interesse unserer Stadt als letztes Mittel angebracht, alsbald in einer öffentlichen Protestversammlung gegen die Verwirklichung der Absichten Bayerns und der übrigen Interessenten Stellung zu nehmen. Die Versammlung findet heute a b e n d 6 Uhr in der Sandelstammer statt.

Aus den Vereinen und Organisationen

Neue Wege zur Bekämpfung der Weiterverbreitung von ansteckenden Krankheiten

Im Rahmen der öffentlichen Vorträge, die das Haus der Gesundheit im Interesse der Förderung der Gesundheitspflege veranstaltet, sprach der Direktor des Kinderkrankenbause, Professor Dr. Vuk, über obiges Thema. Die kranke Durchführung der sanitätsrechtlichen Vorschriften zur Eindämmung der ansteckenden

Krankheiten mittels Meldung, Isolierung der Kranken und Desinfektionsmaßnahmen kann zwar wohl sehr viel weiteres Unheil verhüten; doch wird ihre Auswirkung immer nur eine begrenzte bleiben, so wie es auch unmöglich ist, bei einem schon infizierten Individuum unauflöslichen Ausdruck der Erkrankung zu verhindern. Inwieweit und ohnmächtig mußte man bisher, um nur ein Beispiel zu nennen, den Ausbruch der Malaria oder des Keuchstiftens bei einem Kleinkind abzuwenden, das etwa von seinem älteren, die Schule besuchenden Geschwister angefaßt worden war, obendrein noch mit der Aussicht eines womöglich häßlichen Verlaufes, wie es bei diesen Erkrankungen im jüngsten Kindesalter so häufig ist. Demgegenüber muß es als nicht genug anzuerkennender Fortschritt, den wir der medizinischen Wissenschaft verdanken, bezeichnet werden, daß wir bei einer Reihe von Erkrankungen heute über Methoden verfügen, die auch bei dem bereits infizierten Kind entweder den Ausbruch der Erkrankung völlig verhindern oder zum mindesten die Wirkung ihrer Erreger so abmildern, daß sie nur ganz milde und ohne ernstere Komplikationen abläuft. Diese Methoden, über deren theoretische Begründung der Vortragende interessante Ausführungen machte, verdanken wir dem einnehmenden Studium der Veränderungen, die sich im Blut und in den Körperflüssigkeiten nach einer infizierten Infektionskrankheit vollziehen. Nachdem man erkannt hatte, daß die Unempfindlichkeit für eine zweimalige Erkrankung darauf beruht, daß der Körper durch das erste Überleben Schutzstoffe erworben hat, die später nochmals eindringende Krankheitserreger reich unempfindlich machen, gelang es der Serologie, den menschlichen Organismus auch ohne Erkrankung zur Erzeugung solcher Schutzstoffe anzuregen oder sie ihm künstlich einzusetzen. Bei einer Reihe von Infektionskrankheiten im Kindesalter ist damit ein brauchbarer Weg zu Verfügung der weiteren Verbreitung gefunden worden. Wäre das Wort nicht so abgegriffen, so könnte man diese, dem Naturgeschehen abgelaufenen Schutz- und Heilmethode als wahre Naturheilmethode bezeichnen. Sie legen den Arzt heute in den Stand in ungleich wirkungsvollere Weise als dies früher möglich war, die Menschen vor einer Reihe von Krankheiten zu schützen und entstandene mit ähnlichen Mitteln zu heilen.

Wohin geht der Weg?

Ueber dieses seitgemäße Thema sprach am Samstag, den 24. Oktober, der Obmann des Badischen Lehrervereins, Herr Udo Dohle, in im überfüllten Kolloquiumssaal zur Verherrlichung des Karlsruher Karlsruher. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise, die auch Deutschland besonders schwer trifft, engte Herr Dohle die Betrachtung, die von allen Beobachtungspunkten in gleicher Weise gestellt werden könnte, auf die Besonderheiten des Lehrerberufs ein. Hier ist es die Frage der Junglehrer, die dem Verein und seinen Führern große Sorge bereitet. Zur Zeit waren 330 und von Ostern an 700 Junglehrer auf ihre Anstellung. Die Warteliste betrug etwa 6 Jahre. Der Redner anerkennt, was das Ministerium durch das Einführungsgesetz und die Beschlüsse zur Verringerung der geistigen und materiellen Not der Junglehrer getan hat, aber von größerer Wichtigkeit ist die Eingliederung der Junglehrer in das Berufsleben. Da hierfür keine voranschlagsmäßigen Mittel zur Verfügung stehen, müssen Einparungen an anderen Staatsposten gemacht werden. Die größte Einparungsmöglichkeit wäre durch eine dreijährige Schließung der Lehrerbildungsanstalten gegeben. Es war ein Fehler, die Anstalten in Heidelberg und Freiburg zu eröffnen, ohne daß eine Notwendigkeit hierzu vorlag. Häufiger als mal Regierung und Landtag auf die Mahnungen des Bad. Lehrervereins gehört, der diese Zustände kommen sah, so hätten wir heute nicht die katastrophale Junglehrernot.

In längeren Darlegungen äußerte sich Herr Dohle über den Berufsboom und seine Stellung zum Staat. Er verteilte die Stellung auf Grund der eingeholten juristischen Gutachten die Haltung des Ministeriums gegenüber den parteipolitisch tätigen nationalsozialistischen Lehrern. Jeder Beamte hat das Recht der freien Meinungsäußerung, muß sich aber nach Maßgabe der bestehenden Gesetze richten. Er fordert ein neues Beamtenrecht, das die parteipolitische Behörde nicht gleichgültig zum Richter und Richter leitet und auch die Revisionsmöglichkeit gibt. Das Doppelverdienstverbot wurde von der Redner und forderte seine Aufhebung. Dagegen unterstützte er die Forderung des Ausschusses der Frau aus der Verbindungswahl als Irris.

Zum Schluß seiner 1 1/2 stündigen Ausführungen wies Herr Dohle seine darauf hin, daß in den letzten 10 Jahren schwere Arbeit geleistet werden mußte, daß sie aber nicht erfolglos war. Herr Dohle hat sich für die Forderung der Parteipolitischen Darlegungen und die Verhinderung, da eine Diskussion nicht gewünscht wurde.

Freier Hausfrauenbund. Wir bitten die Mitglieder des Freier Hausfrauenbundes darauf aufmerksam machen zu wollen auf die am Mittwoch, 4. Februar, im Volkshaus (Schönenstraße 10) stattfindenden Vorträge der Herren Lamberg und Berlin über „Stiefelchen der sozialen Gleichgültigkeit“ und „Koch-Karlsruhe über die Verbindungen mit den Hausfrauenverbänden über die Hausfrauenabteilung“.

Kampfs im Colosseumtheater. Die Kampfs im Colosseumtheater, die am Samstag, 24. Februar, im Colosseumtheater stattfanden, waren sehr interessant. Die Kampfs im Colosseumtheater, die am Samstag, 24. Februar, im Colosseumtheater stattfanden, waren sehr interessant. Die Kampfs im Colosseumtheater, die am Samstag, 24. Februar, im Colosseumtheater stattfanden, waren sehr interessant.

Kuppurt

Ein würdiger Vorkämpfer für das Dritte Reich

Man schreibt uns: Zu der sehr gut besuchten Versammlung des Sozialdemokratischen Partei am 29. Januar 1931 im Stadthaus Kuppurt, bei der der berühmte „Eichendorff“ bis auf den letzten Mann der Führung des Parteiangehörigen Sauer eintraf. Wie immer, wenn diese Versammlungen die Parteimitglieder der Arbeiter und Arbeiterinnen, verhielten sie sich auch bei dieser Versammlung wie bei der nahezu zweijährigen Ausführungen unseres Genossen Sauer, der Dr. Kemmele mitschickte. Als und so wagte einer von ihnen, der verlegene Gen. Dr. Kemmele, die Anstalt vor den Bürgern in der ferat auszurufen wollte. Die Angst vor den Bürgern in der Anstalt gefahren, daß sich ihr vorgeführter Disziplinierungsrat, der als „parteilos“ bezeichnete, nachdem er sich mit dem Parteimitgliedern in dem Versammlungsleiter, Gen. Sauer, und dem Parteimitgliedern, Gen. Dr. Kemmele, vorgestellt hatte. Seine anschließende Tätigkeit hielt ihn aber nicht ab, den Vorsitz der Sauer, der die Nationalsozialisten mit dem bekannten Folgebegriffen zu unterstützen. Dieser „teutische Feld“ betonte, daß er in „Lehrer unter dem Namen“ sei, was man ihm auch schon auf 10 Meter Entfernung sah, daß er Vater von 6 Kindern und arbeitslos sei, was er infolge seiner „guten Stimmung“ herausbrachte, was er fragte an den Gen. Dr. Kemmele, was dieser als Minister vorbringen würde, er ist noch einige Alternativen von ihm gegeben worden, trat er unter Gefährdung der Versammlung von Sauer ab. Bei einem Privatgespräch nach der Versammlung verlor Sauer sich der gute Stimmung. Er sagte aber darauf, daß er keine „guten Stimmung“ nicht von seinem eigenen Gelde geben hätte, sondern er hätte von „jemand“ 3 bis 4 Mark erhalten, wobei er dann lächelte, wo mehrere Nazis, darunter auch der bereits erwähnte Sauer stand, leier, merkt du was?

Veranstaltungen

Fred Marion, der Welt größter und berühmtester Schieber, kommt heute Montag den 2. Februar wieder nach Karlsruhe. Diesmal experimentiert der berühmte Schieber im Kongressaal der Musik-Hochschule (Riesstraße 166). Marion hat inzwischen eine mehrere Monate umfassende Tournee durch die Niederlande absolviert, bei der er geradezu sensationelle Erfolge erzielte. Er assistierte in Holland auch der Polizei und wurde zu den schwierigsten Fällen herangezogen. — Für seinen Karlsruher Abend am kommenden Montag wurde die Vorbereitung wieder der Kongressdirektion Kurt Reulebald übertragen, bei der der Kongress bereits eröffnet ist. Eine zweite Veranstaltung befindet sich in der Vorbereitung bei Reulebald am Montag.

Humoristisches Konzert der Volkstheater in der Festhalle. Mit machen darauf aufmerksam, daß im großen Festhallaal nächsten Donnerstag, um 8 Uhr, das beim Publikum mit Spannung erwartete II. humoristische Festkonzert der Volkstheater stattfindet. Durch frühere derartige Veranstaltungen, die farnationalistischen Propaganda besonders Bedenken erregten, hat sich die Volkstheater für derartige Veranstaltungen als besonders qualifiziert erwiesen und so wird man mit besonderer Freude dieser Veranstaltung, die auf dem Gebiet des Humors und in musikalischer Hinsicht besonders bringen wird, entgegensehen. Näheres wird noch durch Plakate und Anzeigen bekannt gegeben werden.

Wahlkampf des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafébesitzer. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafébesitzer hat seinen 11. Kongress am Dienstag, den 3. Februar im Restaurant Eintracht stattfindenden 8. Tag abgehalten. Das vertrat den Kongress unter der sachlichen Leitung des Kongressleiters A. Heiler. Am 12. und 13. Februar wird die neue Original-Tagungsliste der Kongressarbeiten. Sauterfassung 9 Uhr.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine vor der Hand in der Richtung liegende Zirkone entwickelt an ihrer Südseite Randströmungen, deren erste gestern über Frankreich lag. Der Kontinentalhochdruck leistet jedoch dem Vordringen der Randströmung erheblichen Widerstand, so daß sie uns heute nur vorübergehend niederzuschlagen bringen wird. Nach dem Durchzug eines kleinen Zwischenhochs dürfte die zweite Randströmung später erneut Verfallsrichtung im Gefolge haben.

Wetterausblick für Dienstag, den 3. Februar 1931: Vorübergehend auflockernd mit Strahlungsfröhen in der Ebene. Schwache nördliche Winde. Später erneut Verfallsrichtung und milder.

Die Polizei berichtet:

Schwere Verkehrsunfälle

Am Sonntag abend 7.30 Uhr ereignete sich Ede Kaiser, und W. D. H. K. ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Personentransportwagen. Der Motorradfahrer, ein verheirateter Arbeiter von hier, sowie sein Beifahrer, ein verheirateter Arbeiter von hier, wurden auf die Straße geschleudert, wobei sie sich beide derartige Verletzungen zuzogen, daß sie als schwerverletzt mit dem Krankenauto ins Städtische Krankenhaus überführt werden mußten. Es besteht jedoch bei keinem von beiden Lebensgefahr. Die Fahrzeuge wurden beide schwer beschädigt und mußten abgeschleppt werden. Die Schuld dürfte sowohl dem Autofahrer treffen, der sich nicht an die Verkehrsbestimmungen hielt, wie auch dem Motorradfahrer, weil er nach Zeugnisaussagen mit etwa 70 Kilometer Geschwindigkeit durch die Kaiserstraße raste und, ohne zu bremsen, auf das Auto aufstieß.

Am Samstag nachmittag ereignete sich ein schwerer Verkehrsunfall auf der Durlacher Höhe in Höhe des Wehplatzes. Ein Motorradfahrer, der nach Osten fuhr, wollte einen Personentransportwagen überholen, der ebenfalls aus westlicher Richtung kommend, nach links ins Bodentor einbiegen wollte. Er streifte dabei das Rad, worauf der Herrschaft über seine Maschine und karambolierte. Er mit zwei Radfahrern, die aus entgegengesetzter Richtung kamen. Einer der Radfahrer, ein junger Mann aus Durlach, mußte in schwerem Zustand mit dem Krankenauto ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden, während der andere, sein Bruder, mit leichten Schürwunden davonkam. Die Radfahrer wurden stark beschädigt. Der schuldige Motorradfahrer ergriff die Flucht. Er soll nachsich über dem rechten Auge eine Schürwunde davongetragen haben. Er wurde im Kraftwagen verfolgt, konnte jedoch nicht mehr eingeholt werden. Die Polizei, die erst nach dem Wagnisort des Verfalls vom dem Unfall Kenntnis erhielt, hat die Fahndung nach dem Täter aufgenommen.

Notzuchtverstoß

Am Samstag abend ermittelte ein verheirateter Kaufmann auf der Polizeiwache am Durlacher Tor die Anwesenheit, daß etwa um 7 Uhr abends eine 16-jährige alte Tochter in der Kriegerstraße 14 des Güterbahnhofes von einem unbekannten Manne in unrichtiger Absicht angefaßt und derartig mißhandelt worden sei, daß sie benutzlos liegen blieb. In diesem Zustand sei sie kurz darauf von zwei Mädchen aufgefunden worden. Nach dem Wärtling wird gefahndet.

Begleit Körperverletzung

Am Teil erschwerter Art, sowie wegen groben Unfuges und Ruhestörungen mußten über Sonntag zahlreiche Personen angezeigt werden.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Professor Federer-Heidelberg spricht am Dienstag, 3. Februar, abends 8.30 Uhr, im Festhallaal des Restaurants „Griedrichshof“ in einer öffentlichen Versammlung. Thema: „Technischer Fortschritt, Arbeitslosigkeit und Sozialismus“. Interessenten sind freundlichst eingeladen. Sozialistische Studentengruppe Karlsruhe.

Auflauf! Die unterzeichneten Organisationen rufen hiermit ihre Mitglieder auf, sich an der von der sozialistischen Studentengruppe Karlsruhe am Dienstag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, stattfindenden Versammlung, in der Professor Federer-Heidelberg über das Thema „Technischer Fortschritt, Arbeitslosigkeit und Sozialismus“ spricht, zahlreich beteiligen zu wollen. Allgemeine Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Karlsruhe Schulenburg. Sozialdemokratische Partei Karlsruhe Koch. BN. Saalhaus tritt Punkt 8 Uhr an.

Selbstschutz Alle in Frage kommenden Gewerkschafts-, Partei- und Sportgruppen, die dem proletarischen Selbstschutz angehören, treffen sich am Dienstag, 3. Februar, abends 8.30 Uhr, im Lokal zum „Friedrichshof“. Es gilt über die letzten Vorgänge im Reich und Land. Wir bitten um zahlreiches Besuchen.

Besitz Sildstadt Mittwoch, 4. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal zum „Eiche“ Parteitagungsverammlung mit Vortrag des Gen. Landtagsabg. Fritts über die letzten Vorgänge im Reich und Land. Wir bitten um zahlreiches Besuchen.

Frauentagung Beierheim-Bulach Dienstag, 3. Februar, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Schule in Beierheim, abends 8 Uhr. Gen. Jugendpfarrer Kappes wird über das Thema: „Religion und Sozialismus“ referieren.

Konferenz sozialdem. Gemeindevertreter Badens

Wie notwendig und beliebt die Landestagungen sozialdemokratischer Gemeindevertreter sind, bewies wiederum die gefrige Landestagung der sozialdemokratischen Rathausvertreter in Offenburg. Der Besuch war ein sehr guter, aus allen Landesteilen fanden sich die Delegierten zusammen, was in Anbetracht der Wirtschaftsnöte besonders erfreulich ist. Unter den Gästen befanden sich u. a. verschiedene Reichs- und Landtagsabgeordnete. Auch unser alter Kämpfer und Parteiveteran Adolf Gea hatte sich eingefunden und durch seine Anwesenheit das große Interesse an der Tagung bekundet.

Solch Konferenzen waren schon zu politisch und wirtschaftlich normalen Zeiten von großem Vorteil für die Arbeit sozialdemokratischer Gemeindevertreter, heute aber, wo wir unruhige politische und bis aufs äußerste anormale wirtschaftliche Verhältnisse mit ihren für die Gemeinden gefährlichen Auswirkungen zu verzeichnen haben, sind derartige Konferenzen zur dringenden Notwendigkeit geworden. In der Jetztzeit genügen es nicht allein aufklärende Aufträge in anderen gemeindepolitischen Zeitschriften, sondern es wirkt das geprochene instruktive Wort aus berufener Munde viel mehr, es wird zum Wegweiser für die Gemeindegewalt in Gegenwart und Zukunft. Dieser Zweck wurde durch die gefrige Tagung wohl vollumfänglich erreicht, denn sie trug die Signatur der praktischen Mitarbeit unter den ganz neu gelagerten Verhältnissen, wie sie sich durch die verschärfte Wirtschaftskrisis und das Ergebnis der Gemeindegewahl als notwendig ergibt.

Zwei Referate standen auf der Tagesordnung, um dieses Ziel zu erreichen, nämlich der Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Reinhold (Mannheim) über „Die Sozialdemokratie und das Ergebnis der Gemeindegewahl“, sowie des Genossen Reichstagsabg. Dr. Herz (Berlin) über „Reich, Länder und Gemeinden“. Der erstere Redner gab einen interessanten Überblick über den Ausfall der Gemeindegewahl und zog daraus die Schlussfolgerungen für unsere Gemeindegewalt in Gegenwart und Zukunft. Besonders wies er die da und dort aufgetauchte Behauptung zurück, daß die letzten Kommunalwahlen für die Sozialdemokratie eine Niederlage brachten. Er belegte dies mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß wir gegenüber den Gemeindegewahlen von 1926 16 000 Stimmen als Gewinn zu buchen haben und die Nazis die Stimmenzahl der Reichstagswahl vom 14. September nicht zu halten vermochten. Genosse Reinhold verstand des weiteren ausgezeichnet, für die künftige Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden analog den veränderten Verhältnissen, wie sie der Einzug der Nazis in den Rathäusern und ihre demagogische und unfruchtbare Tätigkeit mit sich gebracht hat, wertvolle Fingerzeige zu geben, die alleis der größten Beachtung und Befolgung wert sind. Besonders betonte er dabei, daß unser Grundprinzip sein müsse, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu wahren unter Befolgung einer verantwortungsvollen Politik, wie sie bei der Sozialdemokratie zur Tradition geworden ist. Mit Recht forderte der Redner eine konsequente Politik gegenüber den Nationalsozialisten und vertrat den heherzigenswerten Standpunkt, daß die Kampfstrategie der Nazis auch eine Umstellung unserer Kampfstrategie gebietet. Der Gewalt und dem Terror der Nazis muß eben auch die Gewalt unsererseits entgegengesetzt werden. Toleranz ist hier am falschen Platze und geradezu sträflich.

Gab der erste Redner also wertvolle, geradezu bindende Fingerzeige für die jetzige und zukünftige Gemeindepolitik, so beschäftigte sich der zweite Referent, Gen. Dr. Herz (Berlin), der bekannte sozialdemokratische Finanzspezialist mit den Finanz- und Steuerfragen im Reich, in den Ländern und Gemeinden. Seine Ausführungen zeigten nicht nur große Sachkenntnis, sondern waren für die Zuhörer von unschätzbarem Informations- und Aufklärungs Wert. Genosse Herz zeichnete ein Bild der tatsächlichen schweren Finanzkrisis in seiner wirklichen Gestalt, wie sie durch die Wirtschaftsnöte entstanden ist. Frei von allen Illusionen, von falschen Hoffnungen, die nach der Wirklichkeit in ihrer unerbittlichen Gestalt darstellend, so war das Bild, das Genosse Herz den Zuhörern malte. Und ebenso aber auch mit derselben Offenheit die Angabe der Mittel, um über die schwierige Zeit hinwegzukommen. Auch seine Ausführungen verriet das Leitmotiv: Unbedingte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden! Und dann die Mahnung: Unter allen Umständen für die Opfer der Wirtschaftskrisis besorgt zu sein! Lieber für erhöhte Biersteuer und für die Bürgersteuer zu stimmen, als sich unter das Finanzdiktat der Staatsaufsichtsbehörde zu beugen und damit die Selbstverwaltung zu gefährden und — was nicht minder wichtig ist — eine Sammelierung der Unterhaltungsbeiträge für die Opfer der Wirtschaftskrisis auf sich zu nehmen. Es sei immer zu beachten, für wozu die Steuern verwendet werden. Nicht nur auf Beschaffung neuer Einnahmen sei das Augenmerk zu richten, sondern auch auf rigorose Sparsamkeit. Eindringlich führte Genosse Herz den Anwesenden zu Gemüte, wie der 14. September mit dem Siege der Nationalsozialisten die Wirtschaftskrisis noch verschärfte, Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten um ihr Brot gebracht hat und damit nicht nur die Arbeitslosenversicherung noch mehr belastete, sondern auch die Finanzen der Gemeinden. Zum Schluß appellierte Genosse Herz recht eindringlich an die Delegierten, dafür besorgt zu sein, daß Demokratie und Parlamentarismus erhalten bleiben und die Verfassungskämpfe mit den übrigen Völkern auch weiterhin eingeschlagen bleibe.

Den Referaten folgte ein recht rege Aussprache, aus der nicht nur die schwierigste Arbeit auf den Rathäusern und die Not in vieler Gemeinden zu vernehmen war, sondern auch insbesondere die Erhaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden ganz besonders gefordert wurde.

Ein Redner kam auch auf das Schmeigebot der Gemeinde- bzw. Stadträte zu sprechen. Es ist dies eine Frage, die da und dort, hauptsächlich aber in Freiburg, in letzter Zeit aufgetaucht ist. Engtirnig veranlagte Oberbürgermeister und Bürgermeister legen den Schmeigepflichtparagrafen der Gemeindeordnung, insbesondere wenn es sich um die publizistische Bewertung von Gemeinden bzw. Stadtratsbeschlüssen handelt, vielfach in einer Art aus, die mit dem Sinn des § 48 der Gemeindeordnung nicht in Einklang steht. Die große Bedeutung dieser Frage brachte die Konferenz darin zum Ausdruck, daß sie beschloß, von berufener Seite dazu Stellung nehmen zu lassen.

So wird denn auch die diesjährige Landestagung sozialdemokratischer Gemeindevertreter wiederum ihre guten Früchte zeigen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, auf deren Wohl ja die ganze sozialdemokratische Arbeit eingestellt ist. — Ein eingehender Bericht über die Konferenz folgt morgen.

Wir bitten die Genossinnen, Volksfreundleserinnen und Gehilfen unserer Zeitung, diesen interessanten Vortrag zu besuchen. Bringt immer noch mehr Frauen und Mädchen mit.

Arbeiterwohlfahrt

Die Genossinnen aller Bezirke werden gebeten, am Montag abend 8 Uhr im Hause Karl-Friedrich-Str. 22, 3. St., zu erscheinen.

Bezirk Grünwinkel

Samstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur Kolobahn untere diesjährige Bezirks-Generalsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Neuwahl, 3. Bericht des Bezirkes. Wir eruchen um reifliche Beteiligung aller Genossinnen und Genossen.

Wasserstand des Rheins

Basel 60, gef. 17; Waldshut 245, gef. 3; Schaffhausen 120, gef. 15; Rehl 280, gef. 21; Waxau 487, gef. 16; Mannheim 442, gef. 37.3m.

Kleine bad. Chronik

Erdlicher Motorradunfall Baden-Baden, 31. Jan. Heute nacht um halb 3 Uhr ereignete sich auf der Singheimer Landstraße zwischen Baden-Baden und Des ein tödlicher Motorradunfall. Der 22 Jahre alte Soldat Paul aus Nighenau wollte die 20 Jahre alte Zigarettenarbeiterin Sophie Sud aus Winden nach Hause bringen und fuhr dabei in voller Geschwindigkeit gegen die Straßenböschung. Fahrer und Beifahrer wurden heruntergeschleudert. Das Mädchen erlitt schwere innere und äußere Kopfverletzungen und starb kurz nach dem Unfall. Der Fahrer, der nur leichte Santaschürfnisse davon trug, wurde in Haft genommen.

Großfeuer im Mannheimer Industriehof Mannheim, 31. Jan. Freitag abend gegen 9 Uhr brach in der im Industriehofenebiet gelegenen Bad. und Farbenfabrik von Groß & Perthum Feuer aus. Die Berufsfeuerwehr rückte mit acht Schlauchleitungen an; auch eilten die Ludwigshafener Berufsfeuerwehr und die Fabrikfeuerwehren der S. G. Farben und Benz & Co. herbei. Der brennende Laub war nur mit Schaum zu löschen. Dabei bestand Explosionsgefahr. Nach halbstündigen übermenschlichen Anstrengungen konnte der Brand als lokalisiert gelten. Der Fabrikationsraum ist völlig ausgebrannt, mit ihm grobe Vorräte an Laub und Farben vernichtet oder durch Wasser beschädigt worden. Auch ist viel Baumaterial für den Versand ausrundergegangen. In das brennende Gebäude wurden gemauerte Wasserleitungen geschleudert. Eine Unterbrechung des Fabrikbetriebs wird nicht eintreten, da die zum großen Teil unversehrt gebliebenen Maschinen in anderen Gebäuden des großen Industriehofens

untergebracht werden können. Als Brandursache vermutet man Kurzschluss. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Geinweilersbach. Donnerstag nacht wurden hier zwei Einbruchsdiebstähle verübt. Bei Jakob Fentenhaf, Landwirt, wurde ein größeres eingelassenes Schwein aus einem im Keller stehenden Ständer gestohlen, sowie Brot. Auch bei Christian Weckling wurden Brot und Kartoffeln gestohlen. Trotz sofortiger polizeilicher Nachforschungen fehlt bis heute jede Spur der Täter. Bedauerlich ist, daß es sich in beiden Fällen um ärmere Familien ohne jeglichen Verdienst mit je 5-6 Kindern handelt.

Basenweiler a. Kaiserstuhl. Ein hiesiger Landwirt lieferte an der örtlichen Sammelstelle Milch ab, die durch ihre bläuliche Aussehen auffiel. Die Kontrolle ergab, daß die Milchfettigkeit mit mindestens 45 bis 50 Prozent gemässert war. Der Erzeuger ludte die Schuld auf seine Familienangehörigen abzumäßen. Er wurde mit einer kräftigen Strafe bedacht und auf zwei Monate von der Milchlieferung ausgeschlossen.

Wöhrbach. Der Musikverein Frohmann Wöhrbach begehrt am 16., 17. und 18. Mai d. J. sein 30jähriges Jubiläum, verbunden mit Freundschaftsspiel unter Beteiligung sämtlicher Brudervereine.

Aus der Stadt Durlach

Januarsozialisten. Heute 20 Uhr im Heim Arbeitsgemeinschaft. Weiterhin Genossin Start-Karlsruhe.

Schweinemarkt in Durlach am 31. Januar. Der Markt war befahren mit 82 Käufer Schweinen, 255 Verkäufer Schweinen, verkauft wurde 60 bzw. 205, Preis pro Paar 42-56 bzw. 25-32 M.

Die zu 4 Teilen 50 Pf. die Teile Vereinsanzeiger Bei 8 n. mehr Teilen 60 Pf. die Teile Vergünstigungen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden vom Verwalter des Vereins bestimmt

Karlsruhe A.D.S.B. Karlsruhe-Durlach-Etlingen. Heute Montag, 2. Febr., abends 8 Uhr im Volkshaus nächster Vortragsabend im Rahmen unseres Bildungsprogramms. Das Thema, über welches Arbeitersekretär Gen. Gustav Erb sprechen wird, lautet: „Praktische Fragen aus der Unfallversicherung“. Die Betriebsräte, Vertrauensleute und sonstigen Gewerkschaftsangehörigen werden erucht, der Einladung zu diesem äußerst interessanten Abend zahlreich zu folgen und pünktlich zu erscheinen. 1418 Der Vorstand.

Chefredakteur: Georg Schöpslin. Verantwortlich: Politik, Prehan Baden, Volkswirtschaft, Aus der Welt, Rechte Nachrichten; E. Grünbaum, Landbau, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Rheinbadische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Resultate Die Welt der Frau; Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Kunststoffe; Josef Eisele, Verantwortlich für den Anzeigenteil; Gustav Krüger, sämtliche Wohnorte in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund und G.m.b.H., Karlsruhe.

Zuerst Dein Heim

Unsere 1034

Weiße Woche

Veranstaltung ist die günstigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres. Sie finden größte Auswahl, billigste Preise und bekommen noch

10% Rabatt 10%

Einige Beispiele Netto-Preise

Bettstellen	Matratzen
für Erwachsene 29.— 22.— 17.50 14.50	Seegras 32.— 25.— 21.— 17.50
für Kinder 24.— 19.80 17.50 16.—	Wolle 45.— 38.— 31.— 26.—
	Kanok 69.— 63.— 56.— 49.—
	Kinder-Matratz. 11.— 8.— 6.—
Barchente	Federn
erprobte Qualitäten	halbwoll 3.50 2.50 1.20 0.75
80 cm breit 2.20 1.80 1.35 0.90	weiß Halbdaune 5.85 4.95 4.05
130 cm breit 3.50 2.95 2.50 1.95	Unsere bekannte Qualität Ganzrump 5.85 4.95
Etamine	Landhausgardinen
ca. 75 cm breit 0.36 0.29 0.19	Etamine 0.58 0.48 0.28 0.19
ca. 150 cm breit 0.72 0.58 0.39	Volle 1.75 1.50 1.25 0.85
Halbstores	Mull
Etamine 3.50 2.50 1.25 0.65	130 cm breit 2.50 1.95 1.50 1.10
Tüll 5.50 4.90 3.90 2.75	Kunstseiden
	80 cm breit 3.20 2.40 1.60 0.80

BETTENHAUS SCHNEIDER

Werderplatz — Kaiserstr. Nr. 95
Mühlburg — Heidelberg, Plöck 3

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Montag, den 9. Februar 1931, abends 8 Uhr, im Gartenhof des „Friedrichshof“

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Jahresberichte
2. Anträge
3. Neuwahl des Vorstandes
4. Verschiedenes

1535

Wir erziehen unsere Mitglieder zur Generalversammlung vollständig zu erschienen. Mitgliedsbuch als Ausweis für Saal-Kontrolle erforderlich.

Der Vorstand

Sozialdem. Partei Karlsruhe Frauensektion

General-Versammlung

Sonntag, den 10. Februar 1931, abends 8 Uhr, findet in der „Gambushalle“ unsere diesjährige Generalversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Vortrag von Genossin W. Koch über „Die Sozial-Gesetzgebung und ihre Auswirkung durch die Rentenordnung“.
2. Geschäftsbericht. 3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 12. Februar bei der Vorsitzenden Genossin Verfert. Gustav-Speditei-Str. 6, eingereicht werden.

Achtung! Billiges Brennholz!

Wir liefern das bekannte Buchen- und Tannenholz gut trocken, sofortig, meist großer Vorrat pro Htz. 1,75 A. frei Haus Karlsruhe und Umgebung.

Büchholz, 30 Bündel 4,80 A. nur solange Vorrat. Verfüme niemand diese Gelegenheit.

663

Holzfabrik Schorpp & Co.,
Zurmerheim (Baden), Teleph. Nr. 5

Heute Premiere

Einlaß nur
4.00, 6.15 u. 8.30 Uhr

Ein Sprechfilm gegen die
Kriegsschuldfrage

Die letzten Tage vor dem Weltbrand

1914

Lichtspiele
Telefon 5111
Waldstr. 30

GLORIA

Der Riesenerfolg, sowie die immer noch starke Nachfrage hat uns veranlaßt die schönste Tonfilm-Operette der Welt

Die Drei von der Tankstelle

mit **Lillian Harvey** und **Willy Fritsch**

noch ganz kurze Zeit auf dem Spielplan zu belassen.

Versäume niemand diesen wirklich seltenen Genuß!

3.30 5.00 7.00 u. 9.00 Uhr

Jugendliche haben Zutritt

Fertige Kleider und Mäntel sowie Anzüge

in neuesten Stoffen und modernster Ausführung in riesiger Auswahl zu niedersten Preisen

Gebr. Blechner Nachf. Rastatt

FARBEN-LACKE-OELE

für jeden Zweck streichfertig billig und gut

Farbenfabrik Franz Luipold
Körnerstr. 36, b. Gutenbergplatz

Stammholzversteigerung

Die Gemeinde Ralsch, Amt Ettlingen, versteigert in ihrem Bergwald am Donnerstag, den 6. Februar 1931:

Eichen:	I.	II.	III.	IV.	V.	RI.
	8	10	30	45	12	St.
Buchen:	I.	II.	III.	IV.	V.	RI.
	1	5	3	5	10	St.
Eichen:	II.	III.	IV.	RI.		
	1	1	4	St.		
Horn:	II.	IV.	V.	Linden:	IV.	RI.
	1	1	1	2	St.	

sowie 17 Eter eich. Aufschichtholz.

Zusammenkunft vormittags 9¹/₄ Uhr beim Rathaus in Ralsch.

Am Freitag, den 6. Februar 1931 im Bergwald:
Vorlen-Abschnitt: I. II. III. IV. RI.
39 85 60 8 St.

Zusammenkunft vormittags 9¹/₄ Uhr beim Bahnhofsberg in Ralsch.

Anzüge werden nur auf Bestellung angefertigt.

Ralsch, den 30. Januar 1931
Das Bürgermeisteramt.
Bachler Darlacher

WEISSE WOCHE

staunend billig

500 Stück Frottierhandtücher Badetücher

10% Rabatt

Lagerbesuch jedermann lohnend!

Arthur Baer

Kaiserstr. 133
Eingang Kreuzstr., neben der kleinen Kirche
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch
Rabekaufskonten

Gratis bestickt

werden während der »Weißen Woche« die bei uns gekaufte Tisch-, Leib- u. Bettwäsche • Taschentücher Stück von 30 Pfg. aufwärts

auf 5 „Singer“ Stickmaschinen.

HERMANN KARBURHE

Die Toten im Sumpf



44 Baujahre . . ! Und tausende Sträflinge haben dabei ihr Leben lassen müssen. Ihre Leichen schlammern in den Schlingerwurzeln der Sümpfe. Taglich, ja stündlich hauchen solche arme Menschenleiber ihr Leben aus und werden in irgend einen Graben oder Sumpf versenkt. Stumpfsinnig läßt uns all dies Geschehen. Die unmenschliche Behandlung macht keinen Eindruck mehr auf uns. Wir sehen gleichgültig zu, wie mit den Leichen der zu Tode gefolterten Strafgefangenen umgegangen wird. Ich kenne sehr schöne Plätze hier, d. h. hinten in Cayenne, wo man einen Friedhof anlegen könnte, wo im Schatten der Urbbäume ein stiller Platz für diese unglückseligen Opfer wäre. Aber solch eine Bestattung würde zuviel Arbeit machen, und es . . .

Aus dem Buch: Die Hölle von Cayenne (das Schicksal eines Legionärs). Preis 2.70 Mark.
Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe (Bad.)
Waldstraße 28. Fernsprecher 7020 und 7021

FESTHALLE

Dienstag, den 3. Februar, von 20-22¹/₂ Uhr

Wiederholung d. Humoristisch. Konzerts des Philharmonischen Orchesters

Mitwirkende: 1 Hängswart, 2 frisch importierte Neger aus Kamerun, 1 alte Weiberkapelle aus der C. R. Giovanni Martinetti, musikalischer Clown, ein unruhiger Gelehrter vom Hypothekenschiedel u. a. m.

Eintritt 30 Pfennig je Person, zusätzl. 10 Pfg. Vergütungssteuer. Vorverkauf bei Herrn Stadtrentenkassier Bronner, nördlicher Stadtzeileingang.

Cagerplatz

mit od. ohne Schuppen auch ohne Ummantelung in der Bestickung gel. Angeb. unt. Nr. 1525 an das Volksfreundbüro.

Nehmt Musikunterricht

b. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen Musikerverbandes Lehrzertifikat erhältl. in den Musikalienhandlungen

Pech



Sie hatten Pech mit Ihrem Einkauf? Hätten Sie unseren guten Rat befolgt - prüfen Sie alles - aber kaufen Sie bei ERB. Unsere Qualitäten sind hervorragend und unsere Preise denkbar billig. Bei uns sind Sie stets zufrieden. Nutzen Sie die Vorteile der **Weißen Woche!**